Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zł., monatl. 4,80 Zł. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 Zł. Bei Postbezug vierteljährl. 16,08 Zł., monatl. 5,36 Zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 Zł., Danzig 3 Gld. Deutschland 2,50 R.-Mk. — **Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr.** Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. **Fernruf Nr. 594 und 595.**

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einspaltige Reklamezeile 100 Grosch. Danzig 10 bz. 70 Dz. Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpfg., übriges Ausland 100 %, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 %, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. **Postscheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.**

Nr. 269. Bromberg, Freitag den 22. November 1929. 53. Jahrg.

Westmarkenverein und Liquidationsvertrag.

Das am 31. Oktober d. J. abgeschlossene **deutsch-polnische Liquidationsabkommen** hat der Hauptvorstand des Verbandes zum Schutze der Westgebiete zum Anlaß genommen, folgende Erklärung zu veröffentlichen:

„Die Liquidierung von deutschem Besitz auf Grund des Versailler Traktats bildete seit dem Augenblick der Entstehung des Verbandes zum Schutze der Westmarken einen der wichtigsten Gegenstände unseres Interesses. Der Verband schreibt sich das Verdienst zu, die damaligen Regierungsfaktoren im Jahre 1922 zur praktischen Ausnutzung der Liquidationsrechte dadurch zu wecken, daß er die Volksgemeinschaft wie auch die Regierungsfaktoren über die große politische und wirtschaftliche Bedeutung der Liquidation aufklärte, daß er die zur Ausnutzung der Liquidationsberechtigungen notwendigen Gesetze verursachte und teilweise sogar selbständig vorbereitete, daß er Hunderte von Reflektanten auf Ansiedlungen und städtische Liquidationsobjekte mobilisierte und bei den kompetenten Faktoren ständig in der Richtung der vollkommenen Ausnutzung unserer Liquidationsrechte intervenierte. Im besonderen hat der Verband im Laufe der letzten drei Jahre aus Anlaß des jedesmaligen Appells an die Volksgemeinschaft (Manifestations-Aktion in der Frage des Auftritts Schachts in Paris, in der Frage der Rede des Präsidenten Hindenburg in Oppeln, in der Frage der Verprügelung der Schauspieler in Oppeln usw.) stets an die Notwendigkeit einer schnellen und vollkommenen Verwirklichung der Liquidationsrechte erinnert und in vorgelegten Entschließungen hervorgehoben, sowie in einer Reihe von Interventionen die besondere Aufmerksamkeit der zuständigen höchsten amtlichen Stellen auf diese Sache gelenkt.

Unter anderem wurde im vergangenen Jahre dem Präsidenten der Republik ein Memorial überreicht, durch welches das deutsche Problem in Polen beleuchtet und besonders stark die Notwendigkeit der vollkommenen Erschöpfung der Liquidationen unterstrichen wurde. Von dem unerwarteten Verzicht auf die Liquidationsrechte durch die Polnische Regierung mußte der Verband zum Schutze der Westmarken als Organisation, die in diesen Fragen aufs lebhafteste interessiert ist, besonders betroffen werden; denn dieses Abkommen beraubt unseren Staat der Möglichkeit, eine Reihe von großen Gütern, die einen Umfang von etwa 30 000 Hektar umfassen, sowie verschiedene städtische Objekte zu liquidieren. Die Beendigung der Liquidation dieser Objekte würde in hohem Maße den für die polnische Volksgemeinschaft in den Westmarken so sehr ungünstigen Landbesitzbestand verbessern. Wir erinnern, daß in Pommerellen, wo die Bevölkerung in ihrer riesigen Mehrheit polnisch ist, sich in deutschen Händen fast siebenmal soviel an Großgrundbesitz befindet, wie in polnischen Händen, wenn man das Zahlenverhältnis der Deutschen zu den Polen in Betracht zieht. Im Posenschen stellt sich dieses Verhältnis wie 4 : 1 zu Gunsten der Deutschen, in Schlesien wie 25 : 1. Vor allem entzieht dieses Abkommen dem Staat die Möglichkeit, wichtige Konzentrationszentren des deutschen kulturellen und politischen Lebens aufzuheben und die Gefahr zu beseitigen, die den Staat in militärischer Hinsicht bedrohen könnte.

Besonders empfindlich ist die bedeutende Einengung der Wiederkaufsrechte in bezug auf die sogenannten Rentenansiedlungen, was zur Folge hat, daß das von der Ansiedlungs-Kommission aus polnischen Händen aufgekaufte Land in deutschen Händen bleibt.

Der Verband zum Schutze der Westmarken wendet sich an die Regierung mit dem Appell:

daß das am 31. Oktober abgeschlossene Abkommen als mit dem Youngplan eng zusammenhängend anerkannt, daß im besonderen im Falle der Ablehnung des Youngplans in Deutschland oder bei uns das Abkommen als nicht bestehend angesehen wird;

daß die Regierung Schritte unternimmt, um die breite Zone längs der Grenze sowie den Umkreis von wichtigen strategischen Zentren und Verkehrswegen für eine geschlossene, dem Staat gegenüber loyale Bevölkerung sicherzustellen; denn es ist für jeden Polen klar, daß unsere Westgrenzen unantastbar sind und daß mithin keine internationale Macht die polnische Regierung bei der Garantierung ihrer Sicherheit und Unantastbarkeit mit Hilfe von notwendigen Anordnungen hindern kann;

die obigen Rücksichten erfordern es, daß die Regierung unter keinen Umständen auf das Wiederkaufsrecht bei Rentenansiedlungen verzichtet, wobei wir fordern müssen, daß von dem Wiederkaufsrecht in der Praxis konsequent und planmäßig Gebrauch gemacht wird. Dies erfordern Rücksichten der allgemein menschlichen Ethik (!), die es gebieten, die das polnische Volk schädigenden Folgen der Germanisierungspolitik der Preußischen Regierung in unseren Westmarken wiedergutzumachen und aufzuheben;

daß die Regierung in ihrer Innenpolitik, vor allem in der Politik der Besserung der Agrarstruktur sich von gesunden nationalen Grundsätzen in den Westgebieten leiten lasse. Was den kleineren Besitz und die Ansiedlungen anbelangt, so müßte die Gesetzgebung im ganzen Staate der Regierung die Aufsicht über die Loyalität der Ansiedler und ihre Gruppierung unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit der Grenzen ermöglichen;

daß die Regierung eine Garantie für die billigen Rechte der polnischen Minderheit in Deutschland erlange, die jetzt sowohl bei der Erhaltung der nationalen Kultur als auch in wirtschaftlicher Hinsicht schwere Augenblicke durchlebt;

daß sich die Regierung endlich als automatisch an die Stelle der beklagten Deutschen Reichsregierung gestellt betrachte und Mittel zur Befriedigung der billigen Forderungen polnischer Staatsangehöriger finde, die durch Vermittlung des Verbandes zum Schutze der Westmarken seinerzeit eine Klage an den Gemischten deutsch-polnischen Schiedsgerichtshof in Paris eingereicht haben, und in der Folge des Youngplans die Möglichkeit verlieren, diese Forderungen von der Deutschen Regierung gerichtlich einzuziehen.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Deutsche Regierung ähnliche Forderungen der eigenen Bürger gegenüber Polen schon längst befriedigt hat, müßte die Polnische Regierung in dieser Frage so schnell als möglich eine verpflichtende Erklärung abgeben.

Gleichzeitig meldet der Verband zum Schutze der Westmarken im Zusammenhange mit den schwebenden Wirtschaftsverhandlungen abermals die Forderung an, daß dieses Traktat durch keine politischen Opfer erkauft werde und vor allem, daß die Regierung die Niederlassung von Deutschen auf dem Lande und in den kleinen Städten der Westwojewodschaften nicht zulasse, schließlich daß im Zusammenhange mit den Niederlassungsbestimmungen keine Veränderungen in den bei uns verpflichtenden Verordnungen des Präsidenten der Republik über die Ausländer und über den Arbeitsmarkt eingeführt werden.

*

Wir haben die polnische Opposition gegen den Liquidationsvertrag schon gestern dahin charakterisiert, daß sie nicht dazu bestimmt sei, den großen Erfolg der polnischen Diplomatie zu gefährden, sondern ihn zu festigen. Es handelt sich um die bewährte Methode, einer berechtigten Kritik eine unberechtigte gegenüberzusetzen, damit dem sachunkundigen Dritten die Meinung beigebracht wird: auf beiden Seiten ist der Nationalismus gegen den Vertrag; also muß er gut und nicht mehr zu verbessern sein. Dieses Argument pflegt im Zeitalter des Parlamentarismus zugkräftiger zu sein als die genaue Abwägung, auf welcher Seite die Kritik sachlich und auf welcher Seite sie unsachlich geführt wird.

Der vorliegende Vorstandsbeschluß des Westmarkenvereins läßt deutlich erkennen, daß die Herren im Grunde genommen mit dem Vertrag ganz zufrieden sind. Sie zeigen nur schon heute die Hintertüren, durch die man der gepriesenen Bereinigungsaktion entwischen will. Im Wesentlichen wird auf die „praktische“ Ausgestaltung der Agrarreform im Zusammenhang mit der Grenzzonenverordnung hingewiesen. Wir fühlen uns bei diesem offenen Bekenntnis des Westmarkenvereins zu der ebenso loyalen Erklärung verpflichtet, daß wir uns — bei voller Erkenntnis der Machtstellung dieser Organisation, die in dem ersten Absatz der Erklärung in geradezu schamloser Weise betont wird — trotzdem alle Rechtsmittel vorbehalten, die uns nach der Verfassung und dem Minderheitenschutzvertrag zur Verfügung stehen, um diese Hintertüren zu verschließen. Wenn das Unkraut des Hasses und Unfriedens gesät wird, haben wir — auch als polnische Staatsbürger — die heilige Pflicht, die aufgehenden Unkräuter auszujäten, soweit das in unserer bescheidenen Macht steht. Reichen unsere Kräfte zu diesem Friedenswerk nicht aus, und wird die gute Saat unseres Landes von der Drachensaat dunkler Mächte überwuchert, dann fällt die Verantwortung auf jene zurück, die sich schon heute zu dem vergangenen und zukünftigen Unrecht bekennen, das unsere Regierung im deutsch-polnischen Liquidationsabkommen wenigstens zu einem gewissen Teil aufhören lassen will.

Der Hinweis auf die „schweren Augenblicke“ der polnischen Minderheit in Deutschland, den der Hauptvorstand des Westmarkenvereins in seiner Erklärung beliebt, ist in diesem Zusammenhang eine offenkundige Heuchelei. Wir wollen es uns versagen, die bekannte Vergleichsreihe auf diesem Gebiet fortzuspinnen. Wir versagen es uns aus bekannten Gründen, sie zu kritisieren. Wir stellen lediglich die Tatsachen fest, und beantworten die unchristliche Haßerklärung des Westmarkenvereins mit dem christlichen Bekenntnis, **daß wir dem polnischen Volke niemals feindlich gesinnt sind, daß wir nichts weiter verlangen, als unser gutes Recht, daß unser einziges Bestreben dahingeht, als friedliche Bürger in einem Lande zu leben, dem wir selbst den Frieden wünschen.**

Der Fortgang der Wirtschaftsverhandlungen

Warschau, 21. November. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die „Gazeta Warszawska“ berichtet, machen die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen weitere Fortschritte. In Warschau sollen die Vertreter der vier großen deutschen Schiffahrtslinien eingetroffen sein und mit dem polnischen Auswandereramt am Mittwoch eine Konferenz abgehalten haben.

In Lublin hat eine nationalistische Kundgebung gegen das deutsch-polnische Liquidationsabkommen stattgefunden.

Kommunistische Demonstrationen.

Warschau, 21. November. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern abend um 6½ Uhr fanden an verschiedenen Punkten der Stadt kommunistische Demonstrationen statt. Eine zahlreiche Menschenmenge hatte sich an der Ecke der Żelazna- und Leszno-Straße versammelt, und bald traf ein zweiter Zug aus der Smocza-Straße ein, der sich mit der ersten Gruppe vereinigen sollte. Dem Zuge vertrat eine starke Polizeiabteilung den Weg. Die Versammelten wurden aufgefordert, auseinanderzugehen; doch diese Aufforderung blieb ohne Erfolg. Es wurden feindliche Rufe laut, worauf auch Revolverschüsse abgegeben wurden. Daraufhin griffen auch die Polizisten zu den Revolvern und gaben einige Schüsse ab. Die Menge lief auseinander; auf dem Platze blieben zwei Schwerverwundete zurück, von denen einer, der Postunterbeamte Stanisław Glic bald darauf starb. Die zweite schwerverletzte Person, ein gewisser Ester Garfunkel ringt im Spital mit dem Tode. Etliche leichter verletzte Personen vermochten sich selbst in das Spital zu begeben.

Die Kommunisten versuchten dann einen zweiten Zug auf dem Grzybowski-Platz zu bilden, wurden jedoch durch die Polizei zerstreut. Im Zusammenhange mit diesen Demonstrationen wurden gestern 27 Haussuchungen abgehalten, wobei etwa 150 Kilogramm illegaler Drucksachen und Aufrufe konfisziert wurden.

Schiebungen in Thorn.

Thorn, 21. November. Am 18. d. M. fand vor dem hiesigen Bezirksgericht eine Verhandlung gegen den Rechtsanwalt Dr. Woyda und den Schriftleiter des „Słowo Pomorskie“, Wacław Madejski, statt, die einen Epilog zu der seinerzeit erfolgten Auflösung der Thorner Stadtverordneten-Versammlung darstellte. Rechtsanwalt Dr. Woyda hatte im März d. J. für das „Słowo Pomorskie“ einen Artikel unter dem Titel „Zur Auflösung der Stadtverordneten-Versammlung“ geschrieben, in dem er behauptete, daß die Ursache der Auflösung der Stadtverordnetenversammlung in Thorn der Beschluß dieses Kollegiums gewesen sei, durch welchen der Antrag, einer **Straße in Thorn die Bezeichnung Marschall Piłsudski-Straße zu geben,** abgelehnt wurde, sowie **daß der Polnische Staat ein in Trümmer gehender Staat sei, der diese Straßenbezeichnung nicht werde schützen können.** Gegen Dr. Woyda wurde daher Anklage aus Paragraph 1 des Pressedekrets (Veröffentlichung von unwahren Nachrichten, die öffentliche Unruhe hervorrufen und dem Staate Schaden zufügen könnten) erhoben, und der Schriftleiter des „Słowo Pomorskie“ hatte sich deswegen zu verantworten, daß er die Aufnahme dieses Artikels in dem von ihm redigierten Blatte zugelassen hatte.

Die Verhandlung brachte eine ganze Reihe von Enthüllungen über die Wirtschaft der aufgelösten Stadtverordnetenversammlung in Thorn. Aus den Aussagen eines Zeugen, des Abteilungschefs der pommerellischen Wojewodschaft Zapała, der im Auftrage des pommerellischen Wojewoden die Tätigkeit des Thorner Stadtparlaments einer Revision unterzogen und den Antrag auf seine Auflösung gestellt hatte, ging hervor, daß die Stadtverordnetenversammlung zum bedeutenden Teil ihrer personellen Zusammensetzung materiell an der städtischen Wirtschaft interessiert gewesen ist. Der Zeuge führte eine ganze Reihe von aufgedeckten Tatsachen an, die gerade nicht ein günstiges Licht auf die Stadtwirtschaft werfen. U. a. sagte er aus, daß der Magistrat eine Submission für Malerarbeiten in der Ausstellungshalle ausgeschrieben hatte. Es gingen viele Offerten ein, deren höchste 8793,— Złoty, die niedrigste des Stadtverordneten Szulewski 3737,— Złoty betrug. Die Arbeit erhielt der Stadtverordnete Szulewski, dessen Schlußrechnung sich jedoch auf 71 999 Złoty belief, diese Rechnung wurde auch ausgezahlt. Der Bauingenieur hatte seinerzeit die Offerte als unreal bezeichnet, trotzdem wurde sie angenommen.

Dieser Art Submissionen gab es etliche. U. a. wurde eine Submission zum Bau von Arbeiterhäusern ausgeschrieben. Das Höchstgebot betrug 28 680 Złoty, das niedrigste des Stadtverordneten Wyrzykowski 11 680 Złoty, und diese wurde angenommen. Die Offerte war unreal, und da außerdem die Arbeiten in technischer Hinsicht nachlässig durchgeführt wurden, nahm ihm der Magistrat die Arbeiten weg. Gleichzeitig aber kaufte der Magistrat von ihm Eisenmaterial zu diesem Bau für 22 342 Złoty. Wyrzykowski war Mitglied der Baukommission, die über die Offerten zu entscheiden hatte.

An das Tageslicht kam es auch, daß von den Stadtverordneten rückständige Steuern nicht eingezogen, und daß ihnen in der Stadtsparkasse Kredite von 10 000 bis 250 000 zł unter Umgehung der üblichen Formalitäten gewährt wurden. Die Stadtverordnetenversammlung duldete, wie aus den Aussagen hervorging, diese Wirtschaft unter Außerachtlassung der städtischen Interessen.

Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß der Artikel verdrehte bzw. unwahre Tatsachen enthielt, und verurteilte den Rechtsanwalt Dr. Woyda zu 100 Złoty, den Redakteur Madejski dagegen zu 20 Złoty Geldstrafe. Verteidigung und Staatsanwaltschaft **haben Berufung eingelegt.**

Die polnischen Bauern.

Getrennt marschieren, vereint schlagen.

Im Zusammenhange mit der kürzlich zustande gekommenen Verständigung zwischen den drei polnischen Bauernparteien, dem „Piast", der „Wyzwolenie" und der „Bauernpartei", die zur Bildung eines permanenten Verständigungs-Komitees geführt hat, stellt das Piasten-Organ für Pommerellen, die „Gazeta Grudziądzka" den Zweck dieser Verständigung wie folgt dar.

Die Bildung eines gemeinsamen Verständigungs-Komitees ist durchaus nicht gleichbedeutend mit der Vereinigung der Parteien. Wie bisher, wird jede dieser Parteien auch weiterhin ihren Abgeordneten-Klub und ihren Organisationsrahmen behalten. Wie bisher wird jede der erwähnten Parteien auch weiterhin getrennt marschieren. Nichtsdestoweniger aber wird die Rolle des Verständigungs-Komitees groß und die Folgen seiner Existenz hervorragend sein. Das Verständigungs-Komitee wird auf dem Gebiet des Landes und im Sejm gemeinsam arbeiten und auf die Besserung der Lage des polnischen Dorfes abzielen, somit eine gemeinsame „Volksfront" bilden. Von nun an wird jede Partei zwar getrennt marschieren, aber vereint schlagen. Es wird eine gemeinsame Front des ganzen Volkes gegen die Feinde des Volkes und gegen die Feinde der Demokratie herstellen.

Von einer Vereinigung aller Volksparteien kann leider im gegenwärtigen Augenblick nicht die Rede sein; denn es bestehen weitgehende Divergenzen der Programme, die der vollkommenen Vereinigung der Parteien im Wege stehen. Unter diesen Hindernissen treten auf den ersten Plan zwei grundsätzliche Probleme: 1. das Verhältnis zur Katholischen Kirche und 2. der Standpunkt zur Agrarreform. Wenn es sich um das Verhältnis der Piasten zur Katholischen Kirche handelt, so steht die polnische Volkspartei Piast auf dem Standpunkte, daß die katholische Religions ein Heiligtum ist, das in der Seele des polnischen Volkes feste Wurzeln gefaßt hat. Die Wyzwolenie und die Bauernpartei dagegen stehen auf dem Standpunkte, daß die Kirche vom Staat zu trennen sei. Die Piasten können sich in dieser Frage zu keinen Zugeständnissen bereitfinden. Was aber die Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Agrarreform anbelangt, so wäre eine Verständigung hier leichter möglich, da man es sich in den heutigen Zeiten, in denen die Großgrundbesitzer auf der Seite der Sanierung stehen, überlegen müßte, ob man den Gesichtspunkt der Wyzwolenie und der Bauernpartei in der Frage der Agrarreform nicht teilen solle.

Die Witos-Anhänger über ihre Schlappe in Posen.

Warschau, 19. November. Das Obersekretariat der Piastenpartei hat folgende Darstellung der am 17. d. M. stattgefundenen Vorgänge in Posen erhalten:

Am Sonntag fand aus Anlaß der Zehnjahrfeier eine Tagung der lokalen Organisationen aus der ganzen Wojewodschaft statt, an der Präses Witos, Senator Kulerski, sowie sämtliche Abgeordneten aus Großpolen teilgenommen haben. Die Tagung begann mit einem Gottesdienst, worauf man sich nach dem Belvedere begab, wo sich inzwischen etwa 1500 Delegierte der großpolnischen Kreise eingefunden hatten. Die Versammlung eröffnete der Ehrenpräses der Organisation, Sobiech. Am Schluß seiner Ansprache, als er ein Hoch auf die Republik ausbrachte und die Versammelten diesen Ruf wiederholten, erschien im Saal eine Kampftruppe, die aus Revolvern zu schießen begann und nach der Richtung des Präsidiums einige mit Salmiak angefüllte Flaschen warf. Eine Flasche zerschellte am Kopf des Präses der Großpolnischen Organisationen, des Abg. Noske, der erheblich verletzt wurde; seine Augen wurden mit der ätzenden Flüssigkeit bespritzt, so daß die Befürchtung besteht, daß er das Augenlicht verlieren wird. Dasselbe Schicksal ereilte einen Akademiker.

Im Augenblick, als die Schüsse fielen, drang die Polizei ein, und ein Vertreter der Behörde ordnete die Schließung der Tagung an. Als Antwort darauf sangen die Versammelten die „Rota" und „Boze cos Polskę", worauf Senator Kulerski und der Abg. Michalkiewicz Ansprachen hielten. Daraufhin drang eine stärkere Polizeiabteilung mit Bajonetten in den Saal und räumte ihn. Die Versammelten bildeten einen Zug und zogen vor das Kosciuszko-Denkmal, wie es im Programm vorgesehen war. Die Polizei ließ jedoch den Umzug nicht zu, worauf man sich in einen anderen Saal begab wo die Beratungen stattfanden.

Aus dem Bericht der Obersten Kontrollkammer.

Eine halbe Million Verluste bei der Abnahme von Eisenbahnschwellen.

Warschau, 20. November. Unabhängig von der Affäre des Ankaufs von über 12 Millionen Eisenbahnschwellen, die gegenwärtig von einer außerordentlichen Kommission des Sejm untersucht wird, enthält der Bericht der staatlichen Obersten Kontrollkammer für das Wirtschaftsjahr 1928/29 Informationen über die Abnahme von Eisenbahnschwellen, die der Posener Eisenbahndirektion auf Grund der im Dezember 1927 abgeschlossenen Verträge geliefert worden waren. Diese Schwellen wurden durch eine besondere Kommission unter Teilnahme eines Vertreters der Staatskontrolle im Laufe von vier Monaten geprüft, und es wurde festgestellt, daß die **Verluste**, die der Staat durch die Abnahme der Schwellen erlitten hat, **540 654,68 Zloty** betragen. Der „Kurjer Poznański" stellt fest, daß die Menge der geprüften Schwellen kaum den dritten Teil des im Jahre 1927 angekauften Kontingents darstellt.

Infolge der Änderungen, die sich auf dem Holzmarkt im Inlande herausgebildet haben, und infolge der offenbar sinkenden Tendenz hat der Verkehrsminister eine Anordnung unterzeichnet, durch welche die Eisenbahndirektionen angewiesen werden, die zur Lieferung von Schwellen für die Staatsbahnen ausgeschriebenen Submissionen für ungültig zu erklären. Der diesjährige Bedarf der Staatsbahnen beträgt insgesamt 1 700 000 Schwellen. Durch diese Anordnung will, wie die „Gazeta Polska" mitteilt, das Ministerium die geschaffene Konjunktur für die Interessen des Staatsfiskus ausnutzen und die Schwellen für die Eisenbahnen direkt vom Produzenten zu einem billigeren Preise erwerben.

Die Automobile des Tabakmonopols.

Die Überschreitungen des Staatshaushalts für 1927/28, die durch Investitionsausgaben hervorgerufen sein sollen, betreffen in Wirklichkeit, nach dem Revisionsbericht der Staatlichen Obersten Kontrollkammer, die verschiedensten Ausgaben. U. a. hat man ohne Genehmigung des Sejm Personenautos gekauft, deren Notwendigkeit die Kontrolle in Frage stellt. So wurden gekauft: **für das Außenministerium vier neue Automobile, für das Innenministerium zwei Autos, ebensoviel für das Finanzministerium, das Landwirtschaftsministerium hat ein Luxus-Auto für 60 500 Zloty erworben, das Ministerium für öffentliche Arbeiten hat für Automobile 170 000 Zloty ausgegeben usw.** Die Autowirtschaft der erwähnten Behörden charakterisiert der Bericht der Staatskontrolle in den Bemerkungen über die Wirtschaft des Tabakmonopols. Darin heißt es, daß für Personenautos usw. aus § 7 Pos. 2 — 310 000 Zloty verausgabt wurden, „trotzdem, wie auf Grund der einzelnen Anhänge zum Wirtschafts- und Finanzplan festgestellt wurde, die Ausgaben für diesen Zweck in dem erwähnten Paragraphen nicht vorgesehen waren".

U. a. wurde ein Auto trotz des Widerspruchs des Budgetdepartements im Finanzministerium der Grenzwache zur Benutzung übergeben. An diese Stelle „kaufte die Monopoldirektion, die zur eigenen Benutzung bereits zwei Personenautos besaß, noch **ein Austro-Daimler-Auto für 3780 Dollar.** Dieses Auto wurde in den Garagen des Finanzministeriums untergebracht.

„Unter diesen Umständen" — so heißt es in dem Bericht der Obersten Kontrollkamemr — „kann man die Wirtschaft auf dem Gebiet der Personenautos nicht als sparsam anerkennen, zumal u. a. in der vorigen Budgetperiode ein **Packard-Luxusauto für 56 102 Zloty** gekauft worden war. Im Juni 1929 wandte sich die Oberste Kontrollkammer an das Finanzministerium mit der Bitte, die Ursache der von der Monopoldirektion getätigten, so bedeutenden Ausgaben zum Ankauf von Personenautos, die im Wirtschafts- und Finanzplan nicht vorgesehen waren, aufzuklären."

Bis zu dem Augenblick, da die Oberste Kontrollkammer ihren Bericht zusammenstellte, lag eine Antwort auf dieses Schreiben noch nicht vor. Aber der Leser, so bemerkt die „**Rzeczpospolita**", findet die Antwort auf die Frage, aus welchem Grunde das Tabakmonopol zur Sicherung der normalen Entwicklung der Einkünfte im Frühjahr dieses Jahres eine Erhöhung der Preise der Tabakerzeugnisse angeordnet hat.

Gute Geschäfte.

Wir lesen im „Kurjer Poznański" (Nr. 536 vom 19. November):

„Die Erwerber staatlicher Güter machen zuzeiten gute Geschäfte. Über einen solchen Fall gibt der Bericht der Obersten Staatlichen Kontrollkammer Auskunft, in dem über die Wirtschaft im Ministerium für die Agrarreform gesprochen wird. Wörtlich heißt es dort auf Seite 457:

Es verdient betont zu werden, was die Kontrolle über einen Fall festgestellt hat, in dem das Ministerium resp. die staatliche Bank Rolny auf den Erwerb der ländlichen Besitzung Barlomin (Barlomino) im Kreise Neustadt (Pommerellen) zum Zwecke der Parzellierung verzichtet hat. Das Gut hat einen Umfang von 500 Hektar Ackerland und 700 Hektar Wald. Obgleich dieser Besitz, der sich in deutscher Hand befand, im Jahre 1926 zwangsweise liquidiert worden war, und zwar zugunsten des Staatsfiskus, hat man ihn dennoch an eine Privatperson für 589 360 Zloty verkauft. Der Erwerber, dem man 269 360 Zloty kreditiert hatte, erhielt in dem Berichtsjahr die Erlaubnis, 300 Hektar davon zu parzellieren, und erhielt dafür zwischen 480 000 bis 540 000 Zloty. (Preis 1600 bis 1800 Zloty für den Hektar.) Auf diese offensichtliche Bevorzugung des privaten Erwerbers machte die Oberste Kontrollkammer das Ministerium (durch Schreiben vom 21. 12. 1928) aufmerksam und bat um Mitteilung der Gründe, die das Ministerium veranlaßt haben, auf die Erwerbung des betreffenden Besitztums zu verzichten, wodurch die Interessen des Staatsfiskus verletzt worden seien. Eine Antwort ist noch nicht eingegangen."

•

So nach dem „Kurj. Pozn." der Bericht der Obersten Kontrollkammer. Solche Geschäfte wie das hier beschriebene gab es bekanntlich nicht selten. Der deutsche Besitzer erhielt einen Preis weit unter dem Werte des Objektes und klagte natürlich beim deutsch-polnischen Schiedsgericht in Paris, wo bekanntlich tausende solcher Klagen anhängig sind. Die Befriedigung der Geschädigten ist jetzt Sache Deutschlands, falls der deutsch-polnische Liquidations-Vertrag vom 31. Oktober Rechtskraft erlangt.

Vom Volksbegehren zum Volksentscheid.

Geplänkel um den Strafparagraphen 4.

In einigen Berliner Blättern war bei der Berichterstattung über die deutschnationale Fraktionssitzung vom Montag abend gemeldet worden, in Verfolg der Aussprache über den § 4 habe sich der Parteiführer Hugenberg entschlossen, den Fraktionsmitgliedern die Abstimmung darüber im Reichstage freizugeben, und die Blätter hatten gleichzeitig mitgeteilt, Hugenberg beabsichtige, in der Reichstagsdebatte das Freiheitsgesetz persönlich zu vertreten. Diesen Meldungen setzt nun die Pressestelle der Deutschnationalen Partei ein doppeltes Dementi entgegen. Zunächst erklärte sie bezüglich des § 4, Dr. Hugenberg habe schon deshalb kein Einverständnis zur Freigabe der Abstimmung geben können, weil die Fraktion selbst zu dieser Frage gar keine Stellung genommen habe.

Wie die „Deutsche Tageszeitung" urteilt, geht diese Erklärung zweifellos insofern zu weit, als sie den Eindruck erwecken könnte, die Fraktion habe sich tatsächlich mit der Angelegenheit des umstrittenen Paragraphen nicht befaßt. Es werde unwidersprochen bleiben müssen, daß über diesen Punkt eine lebhafte Aussprache unter Beteiligung sehr prominenter Mitglieder der Fraktion stattgefunden hat. Richtig sei allerdings, daß kein Beschluß gefaßt worden und auch keine Erklärung des Parteiführers erfolgt sei, ob die umstrittene Abstimmung unter Zwang gestellt oder freigegeben werden soll.

Der zweite Punkt des parteiamtlichen Dementis stellt fest, daß Hugenberg sich nicht bereit erklärt habe, das Freiheitsgesetz persönlich im Reichstag zu vertreten. Bei seiner Einstellung zum Parlamentarismus im allgemeinen sei auch nicht anzunehmen, daß er in diesem Falle aus seiner **bisherigen Zurückhaltung herausträte.**

Professor Waldemaras

und die polnischen Behörden.

Nach der polnischen Presse brachten wir vor einigen Tagen die Meldung, daß sich der frühere litauische Ministerpräsident Prof. Waldemaras um einen Lehrstuhl für litauische Geschichte an der Universität Wilna bewerbe. Meldungen aus Riga zufolge wird diese Nachricht jetzt bestätigt. Seine Zulassung zu den Vorlesungen an der Batory-Universität in Wilna ist vollkommen von der Entscheidung des Wilnaer akademischen Senats abhängig, der in diesen Angelegenheiten vollkommene Autonomie besitzt. Waldemaras war vor dem Kriege Professor für litauische Geschichte am Lyzeum in Orel.

Was die Einreisegenehmigung für Prof. Waldemaras nach Polen anbelangt, so wird die Polnische Regierung, wie der „Kurjer Poranny" hört, ihrerseits nach dieser Richtung hin keine Schwierigkeiten machen.

Bußtags-Predigt

für das evangelische Deutschtum.

Zum deutschen Landes-Buß- und Bettag wendet sich der Evangelische Oberkirchenrat der altpreußischen Landeskirche in Berlin mit einer Kundgebung an die Gemeinden, in der es heißt:

„Mehr denn sonst gehören unsere Gedanken und Gebete unserem Volk und Vaterland. Riesengroß ist die wirtschaftliche Not. Sie gefährdet die Redlichkeit, erschüttert das gegenseitige Vertrauen, führt zu **rücksichtslosem Kampf aller gegen alle.** Daneben breiten sich Leichtsinn, Pflichtvergessenheit, innere Unsauberkeit im öffentlichen Leben und privaten Leben immer dreister aus. In diese Zeit fallen schicksalsschwere Kämpfe um die Wege deutscher Zukunft; sie steigern den Parteihader und -haß ins Ungemessene.

Angesichts schwerster Gefahr für Volk und Vaterland erhebt die evangelische Kirche mit allem Nachdruck heute ihre Stimme. Für sie heißt Buße tun: seinen Sinn ändern. Sie bittet inständigst jeden, den es angeht: Bewahre den Nächsten soweit nur möglich vor wirtschaftlicher Not. Jeder sei bescheiden in seiner Lebenshaltung, sei hilfsbereit und opferwillig. Die Kirche verpflichtet jeden, daß er das Heiligtum der Familie sichern hilft, Zucht und Sitte wahrt und nicht Anschauungen Raum gibt, die der deutschen Frau ihre Würde rauben und die Seele der deutschen Jugend vernichten.

Die Kirche ruft ihre Glieder auf zur **verantwortungsbewußten Beteiligung am gesamten öffentlichen Leben**, um christliche Grundsätze in unserem Volk zur Geltung zu bringen. Sie verlangt für jede zulässige politische Betätigung volle Freiheit der Entscheidung aus dem an Gott gebundenen Gewissen. Sie fordert für politische Auseinandersetzungen unbestechlichen Wahrheitssinn, Achtung vor der persönlichen Ehre des Gegners und Wahrung des hohen Gutes der Volksverbundenheit."

Republik Polen.

Beamte der Sowjetvertretung abberufen.

Einer polnischen Presse-Agentur zufolge wurden plötzlich 9 höhere Beamte der sowjetrussischen Handelsvertretung in Polen, darunter drei Abteilungsleiter, nach Moskau abberufen. Alle diese Beamten erhielten den Befehl, unverzüglich nach Rußland zurückzukehren. Noch im Laufe dieser Woche soll aus Berlin ein besonderer sowjetrussischer Delegierter in Warschau eintreffen, um die Tätigkeit der Warschauer Handelsvertretung einer eingehenden Revision zu unterziehen.

Eine neue Rede des Marschalls Pilsudski.

Warschau, 21. November. (Eigene Drahtmeldung.) In gut informierten Kreisen wird behauptet, daß Marschall Pilsudski die Absicht habe, in den allernächsten Tagen durch Radio eine Rede über aktuelle politische Probleme zu halten.

Aus anderen Ländern.

Selbstmord eines Departementschefs.

Kowno, 20. November. (Eigene Drahtmeldung.) Im Gebäude des Kultusministeriums hat gestern der Departementschef dieses Ministeriums Schantschukas Selbstmord durch Erschießen begangen. Die Ursache dieses verzweifelten Schritts ist nicht bekannt.

Ein neues Vertrauensvotum für Tardieu.

Paris, 21. November. (PAT.) Während der gestrigen Aussprache in der Deputiertenkammer über den Regierungsentwurf in der Frage des Getreidehandels brachten die Sozialisten ein Gegenprojekt ein, nach welchem der Kriegsminister ermächtigt werden soll, aus den Krediten in Höhe von 600 Millionen Franken inländisches Getreide anzukaufen. Im Zusammenhange damit stellte die Regierung die Vertrauensfrage. Der sozialistische Antrag wurde mit 360 gegen 221 Stimmen abgelehnt.

Nadir Khan ermordet?

Kalkutta, 21. November. (Eigene Drahtmeldung.) Hier ist eine Meldung eingegangen, nach welcher der neue Emir von Afghanistan, Nadir Khan, ermordet worden sei. Eine Bestätigung dieser Meldung liegt bis jetzt noch nicht vor. Es wird angenommen, daß diese Nachricht von **Anhängern Aman Ullahs verbreitet worden ist.**

Pommerellen.

21. November.

Graudenz (Grudziądz).

× **Was ein Häkchen werden will . . .** Ein Polizeibeamter beobachtete am Montag abend, wie ein Knabe im Alter von etwa 12 Jahren in einem Schaufenster der Firma Rotsztuld am Markt die Scheibe einschlug und Galanteriesachen entwendete. Der diebische Junge wurde von dem Beamten gefaßt und zum Kommissariat geführt, wo man ein Protokoll aufnahm. An dem gleichen Tage wurde im Szejdłowskischen Laden in der Herrenstraße (Pańska) ebenfalls eine Scheibe eingeschlagen. Es besteht der Verdacht, daß auch hier Knaben im Alter von 10—14 Jahren die Täter gewesen sind. *

× **Schadenfeuer.** Auf dem Gut Sallno (Salno), Kreis Graudenz, brach am Montag gegen 7 Uhr abends Feuer aus. Es brannten 2 Weizenschober. Es waren Wehren aus Grutta, Melno, Slupp usw. erschienen. Der Schaden ist erheblich. — Zu einem Brande in Nitzwalde (Niewałd) bei Graudenz wurde Dienstag abend 6½ Uhr die hiesige Freiwillige Feuerwehr alarmiert. Der Brandherd befand sich auf der Besitzung des Landwirts Błaszewski, wo zunächst ein Schober in Flammen stand. Dieser sowie eine Feldscheune brannten nieder, während andere Staken dank dem energischen Eingreifen der Graudenzer Wehr sowie der aus der Nachbarschaft erschienenen weiteren Brandhilfe gehalten werden konnten. Der Schaden wird auf rund 75 000 Złoty geschätzt. Über die Ursache des Brandes ist Genaueres bisher noch nicht festgestellt worden, doch wird Brandstiftung vermutet. *

× **Mit einem Bauchschuß aufgefunden** wurde am Dienstag abend gegen 10 Uhr in der Nähe der Kaserne der Offizierreitschule ein Soldat. Bei näherer Untersuchung ergab sich, daß der dort Liegende der Bursche eines der hier zurzeit zur Ableistung eines Kursus in der Offiziersreitschule weilenden estnischen Offiziere ist. Der Verwundete, der Joachim Loorentz heißt, wurde sofort ins Garnisonlazarett gebracht, wo man an ihm eine Operation vollzog. Da L. am Vortage Äußerungen fallen ließ, die auf die Absicht einer Verzweiflungstat schließen lassen, und da er im Gegensatz zu seiner Gepflogenheit eine Schußwaffe bei sich trug, kann mit Sicherheit ein Selbstmordversuch als vorliegend angenommen werden. *

× **Wahl eines neuen Krankenhausdirektors.** In der am Dienstag stattgefundenen Sitzung der Stadtverordneten-Kommission für das Sanitätswesen wurde zum Direktor des Städtischen Krankenhauses der hiesige Spezialarzt für Chirurgie Dr. Zygmunt Grygier gewählt. Die Wahl war notwendig geworden, da der jetzige Direktor des Spitals, Stadtrat Dr. Urbański, seinen Posten niederlegt. Bekanntlich war der jetzt Gewählte früher bereits mehrere Jahre beim Krankenhause als Chirurg tätig, schied aber seinerzeit aus dieser Stellung. Die jetzige Wahl bedarf noch der Zustimmung des Magistrats sowie der Bestätigung durch die Wojewodschaft. *

× **Laut letztem Polizeibericht** wurden Żenon Mijal, Culmerstraße (Chełmińska) 26, eine Anzahl Löffel im Werte von 40 Złoty entwendet. — Festgenommen wurde eine Person wegen Trunkenheit. *

Thorn (Toruń).

v. **Belastungsprobe der Eisenbahnbrücke.** Die Eisenbahnbrücke über die Weichsel, die mit einem Kostenaufwande von etwa 6 Millionen Złoty erneuert und verstärkt worden ist, wurde am 19., 20. und 21. d. M. einer Belastungsprobe unterzogen. Zu diesem Zwecke war eine Spezialkommission der Eisenbahndirektion Danzig in Thorn erschienen. * *

‡ **Ein neuerlicher Unfall** beim Bau der neuen Weichselbrücke ereignete sich Dienstag nachmittag gegen 1½ Uhr. Der von der Brückenbaufirma Rudzki angestellte 23jährige Arbeiter Wincenty Górniak, der in den Arbeiterbaracken auf dem linken Weichselufer wohnt, erlitt durch einen Kolbenschlag eine Verletzung des linken Knies und mußte durch den alarmierten Sanitätsdienst in das städtische Krankenhaus eingeliefert werden. * *

‡ **Ein schwerer Betriebsunfall** trat Mittwoch vormittag um 10.30 Uhr in der Thorner Nudelfabrik in der Lindenstraße (ul. Kościuszki) ein. Die 20jährige Arbeiterin Józefa Cholacz, wohnhaft Graudenzerstraße (ul. Grudziądzka) Nr. 205, geriet mit der rechten Hand in eine im Gang befindliche Maschinenanlage. Dabei wurde der Unglücklichen der Arm dreimal gebrochen und fast aus dem Gelenk gerissen. Der in der Nähe wohnende Arzt Dr. Zielonacki erteilte die erste Hilfe und veranlaßte sofortige Überführung in das Diakonissen-Krankenhaus. * *

v. **Des Betruges überführt** wurde ein ehemaliger Bote der Wojewodschaft. Er hatte bei dem Gutsbesitzer Jankowski in Mroczyn angeblich für das Wojewodschaftsamt eine Fuhre Stroh gekauft, 25 Złoty angezahlt, sich als Angestellter der Wojewodschaft ausgegeben und versprochen, den Rest am nächsten Tage zu begleichen. Er zahlte jedoch nicht, und als man sich auf der Wojewodschaft erkundigte, erfuhr man, daß er bereits vor zwei Monaten entlassen worden war. * *

v. **Einbruchsdiebstahl.** Als der Gärtnereibesitzer Fethke vom Wochenmarkt nach seiner in der Graudenzerstraße gelegenen Wohnung zurückkehrte, machte er die unliebsame Entdeckung, daß ihm während seiner Abwesenheit Kleidungsstücke, Geld usw. von Einbrechern entwendet worden waren. Von den Tätern fehlt jede Spur. * *

v. **In das Militärgefängnis eingeliefert** wurden kürzlich sieben Matrosen aus Gdingen, die dort den Gendarmen Musielik überfielen, mit Stöcken schlugen, ihm den Karabiner ins Wasser warfen und dann entflohen. * *

h. **Löbau** (Lubawa), 20. November. Holzverkauf. Die staatliche Oberförsterei Lonkorsch (Łakorz) veranstaltet am Montag, 25. November d. J., 9 Uhr vormittags, eine Holzversteigerung im Gasthause Watkowski in Skarlin. Verkauft wird Nutz- und Brennholz.

m. **Dirschau** (Tczew), 21. November. Gestohlen wurde von einem Taschendieb einem Reisenden im Wartesaale 4. Klasse auf dem hiesigen Bahnhofe die Brieftasche mit Inhalt. Der Polizei gelang es, den Dieb zu verhaften. — Auf dem hiesigen Standesamte sind in der Zeit vom 1. bis 15. November d. J. insgesamt 42 Geburten registriert worden, darunter zwei uneheliche. In der gleichen Zeit wurden 6 Todesfälle verzeichnet und 13 Eheschließungen vollzogen. — Im Personenzuge Stargard—Dirschau wurde einem Reisenden eine Aktentasche entwendet, in welcher sich Geschäftspapiere befanden. Der Dieb konnte nicht ermittelt werden.

Thorn.

Nach kurzem schweren Leiden erlöste Gott unsern inniggeliebten treusorgenden Vater, Großvater, Onkel und Schwager, den

Kaufmann

Gustav Heyer

im 63. Lebensjahre.

In tiefstem Schmerz
Geschwister Heyer.

Toruń, den 18. November 1929.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 23. November, um 12 Uhr mittags, von der Leichenhalle des Neustädtischen Kirchhofs aus statt.

Beileidsbesuche dankend abgelehnt. 14437

Kirchl. Nachrichten.

Sonntag, d. 24. Nov. 29. (26. n. Trinitatis).

Gr. Bösendorf. Vorm. 10 Uhr: Haupt-Gottesdienst, Beichte und Abendmahlsfeier. 11¾ Uhr: Kinder-Gottesdienst. — Nachm. 3 Uhr Friedhofsfeier. Freitag, abends 6 Advents-Gottesdienst im Konfirmandensaale.

Lulkau. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, Beichte und Abendmahlsfeier.

Gostgau. Nachm. 2 Uhr Gottesdienst, Beichte und Abendmahlsfeier.

Gramtschen. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst, danach Abendmahlsfeier.

Grabowitz. Nachm. 2 Uhr: Gottesdienst.

Damerau. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst, danach Abendmahlfeier.

Rentschkau. Nachm. 3 Uhr: Gottesdienst, danach Abendmahlsfeier.

Schönsee.
Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst und Abendmahlsfeier.

Osterbitz.
Nachm. 2 Uhr: Gottesdienst und Abendmahl.

Graudenz.

Kirchl. Nachrichten.

Sonntag, d. 24. Novbr. 29. (26. n. Trinitatis).

Stadtmission Grudziądz, Ogrodowa Nr. 9. Vorm. 9 Uhr Morgenandacht. Nachm. ½5 Uhr: Jugendbundstde. Abends 6 Uhr Gottesdst. Dienstag, abends ½8 Uhr in Treul. Donnerstag, abds. ½8 Uhr Bibelstunde in Grudziądz. — Freitag, 4 Uhr Kindergottesdienst. Abds. ½8 Uhr Gesangstunde. Sonnabend, abds. 7 Uhr Posaunenchor.

Radzyn (Rehden) Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst mit hl. Abendmahl.

Rehwalde (Rywałd). Nachm. 2 Uhr Gottesdst. mit hl. Abendmahl.

Gruppe. Vormitt. 10 Uhr Gottesdienst. Nachm. 1 Uhr Kindergottesdienst. Nachm. 2 Uhr Versammlung der jung. Mädchen. Nchm. 3¼ Uhr Versammlung der Jünglinge. — Donnerstag, nachm. 2¼ Uhr Bibelstunde.

Dragaß. Montag, den 25. 11., nachm. 2¼ Uhr Bibelstunde.

Tuchel.
Evangelische Kirche. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst, Beichte und Abendmahlsfeier.

Rheinsberg.
Nachm. 2 Uhr: Gottesdienst u. Abendmahl.

Wittenburg.
Nachm. 3 Uhr: Gottesdienst.

Pollau.
Vorm. 9 Uhr Gottesdst.

Gollub.
Vorm. 11 Uhr Gottesdienst.

ch **Konitz** (Chojnice), 20. November. Ein schwerer Einbruchsdiebstahl, der kürzlich in Kamin ausgeführt wurde, fand vor der hiesigen Strafkammer seine Sühne. Auf der Anklagebank saß der 22jährige Jan Liracz aus Groß Zirkwitz, der bereits mehrmals wegen Diebstahls vorbestraft ist. In einer Oktobernacht waren Diebe in den Laden des Uhrmachermeisters Loch eingedrungen und hatten ein Damenfahrrad, 15 Fahrradmäntel, 4 Schläuche, 10 Taschenlampenbatterien, ein Etui, 20 alte Taschenuhren, 15 neue Taschenuhren, 9 Uhrketten, 18 Taschenmesser, 3 Medaillons und Fahrradteile gestohlen. Das Fenster in der Ladentüre war eingedrückt und die Tür von innen aufgeschlossen. Der Dieb war dann in einen Wald geflüchtet, um dort seine Beute zu sortieren. Hierbei wurde er von Pilzsammlern gesehen. Die Polizei stellte alsbald Liracz im Walde. Als L. flüchten wollte, wurde er von den Polizeibeamten angeschossen. Vor Gericht gibt er an, die Sachen gefunden zu haben. Der Angeklagte wurde zu zwei Jahren Zuchthaus mit Anrechnung der Untersuchungshaft, fünf Jahren Ehrverlust und Tragung der Kosten verurteilt.. — Der mehrmals vorbestrafte Zimmermann Dolata aus Posen stahl auf seiner Wanderung in Berent einer Frau einen Mantel und andere Bekleidungsstücke. Der Angeklagte ist geständig, bat jedoch den Gerichtshof, von einer Strafe abzusehen, da er nun nicht mehr stehlen werde. Der Staatsanwalt beantragte für den Angeklagten ein Jahr sechs Monate Zuchthaus. Das Gericht verurteilte D. zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis mit Anrechnung der Untersuchungshaft. — Der Verband deutscher Katholiken und der Literarisch-dramatische Verein veranstalteten im Hotel Engel einen Volksunterhaltungsabend, wozu Pfarrer Hackert-Stargard erschienen war, um einen Lichtbildervortrag über seine Nordlandreise zu halten. Der Saal war überfüllt und die Ausführungen des Vortragenden, gewürzt mit köstlichem Humor, fanden lebhaften Anklang.

Aus den deutschen Nachbargebieten.

* **Buchwalde** (Kr. Osterode), 18. November. Gefährliches Spiel. Dem sieben Jahre alten Schüler Horst Piotrowski wurden beim Spielen von einem Spielkameraden mit einer Axt die Sehnen des vierten und fünften Fingers der linken Hand durchschlagen. Der verunglückte Knabe wurde dem Krankenhause zugeführt.

* **Ortelsburg**, 18. November. Überfall. Am Sonnabend wurde auf einen Postillon der Ortelsburger Postverwaltung ein Überfall verübt. Der Postillon fährt jeden Morgen mit seinem eigenen Fuhrwerk Postsachen nach Lipowitz. Sonnabend früh fand man ihn bewußtlos im Stadtwalde. Neben ihm lag ein Gummiknüppel, mit dem wahrscheinlich die Tat verübt worden ist. Der Überfallene wurde in das hiesige Kreiskrankenhaus geschafft. Er ist noch nicht vernehmungsfähig.

* **Stettin**, 19. November. In der Notwehr erschossen. Der in Warsow stationierte Landjägermeister Schalow erhielt kurz vor 9 Uhr bei Schlichten eines Streites zwischen zwei angetrunkenen Personen von einem Arbeiter namens Krause einen Stich in den Unterleib. Zur Abwehr des auf ihn erfolgenden Angriffs gab der Landjägermeister einige Schüsse ab, wobei der Angreifer tödlich getroffen wurde. Ein Unbeteiligter, der vor der Tür des Hauses der Szene zusah, wurde von einer Kugel ebenfalls getroffen und leicht verletzt. Ein Mittäter des Krause, namens Kartz, ist von der Landeskriminalpolizei vorläufig festgenommen und ins hiesige Polizeigefängnis eingeliefert worden. Die Verletzung des Landjägermeisters ist zwar schwer, aber nicht lebensgefährlich.

Das Ergebnis der Provinziallandtags-Wahlen.

Zu den Provinziallandtagswahlen ist im Vergleich zu den preußischen Landtagswahlen von 1928 ein Rückgang der Wahlbeteiligung von etwa 1,4 Millionen festzustellen. Es haben erhalten: Sozialdemokratische Partei rund 4,6 Millionen (1928 rund 5,4 Millionen), Deutschnationale Volkspartei 2,8 Millionen (3,2 Millionen), Zentrum 2,9 (2,7), Deutsche Volkspartei 1,2 (1,6), Kommunistische Partei 1,9 (2,2), Deutsche Demokraten 0,6 (0,8), Wirtschaftspartei 1,0 (0,8), Nationalsozialisten 0,8 (0,3), Bauern 0,3 (0,4) Millionen.

Das Ergebnis der Wahlen im Grenzgebiet zeigt folgendes Bild:

Grenzmark Posen-Westpreußen.

	Mandate
Zentrum	9 (9)
Sozialdemokraten	6 (5)
Kommunisten	— —
Block der Mitte (Demokraten, Deutsche Volkspartei, Mittelstand)	4
Nationaler Block	11
Nationalsozialisten	—
Polnische Katholische Volkspartei	—

Niederschlesien.

	Mandate
Sozialdemokraten	39 (41)
Deutschnationale	25 (29)
Zentrum	16 (17)
Deutsche Volkspartei	7 (7)
Demokraten	5 (5)
Kommunisten	5 (4)
Deutsche Bauern- u. Wirtschaftspartei	7 (7)
Nationalsozialisten	6 (—)

Oberschlesien

	Mandate
Zentrum	23 (26)
Deutschnationale	10 (9)
Kommunisten	5 (5)
Sozialdemokraten	7 (5)
Polen	3 (4)
Christlichnationale	3 (—)
Oberschlesischer Bürger- u. Bauernblock (Deutsche Bauernpartei, Deutsche Demokratische Partei, Deutsche Volkspartei, Reichspartei des deutschen Mittelstandes)	3 (4)

Ostpreußen.

	Mandate
Deutschnationale	27 (33)
Deutsche Volkspartei	8 (7)
Sozialdemokraten	23 (22)
Zentrum	7 (6)
Kommunisten	8 (6)
Mittelstand	4 (4)
Demokraten	3 (3)
Nationalsozialisten	4 (—)
Christlicher Volksbund	3 (—)
Notgemeinschaft	6 (2)

*

Polnische Provinzial-Abgeordnete und Stadtverordnete.

Nach den Wahlen in der Provinz Oberschlesien.

(Von unserem Gleiwitzer Berichterstatter.)

Bei den Wahlen zum Provinziallandtag der Provinz Oberschlesien wurden gegenüber der vor vier Jahren erfolgten Wahl 134 066 Stimmen mehr abgegeben, was einem Zuwachs von fast 25 v. H. entspricht. Die Zahl der polnischen Stimmen stieg nur um 1523 auf 30 562 an und war demnach relativ stark rückläufig. Die Polen hatten demnach keine Reserven an die Wahlurne zu bringen und die Zahl ihrer Sitze im Provinziallandtag ging von 4 auf 3 zurück.

Ganz ähnlich entwickelte sich die Kreistagswahl. Die Polen erhielten bei den Wahlen zum Kreistag in Beuthen 3217 Stimmen (3 Mandate), Ratibor 2798 (3), Rosenberg 2135 (3), Groß-Strehlitz 4168 (4), Cosel 1418 (1), Neustadt 1115 (1), Oppeln dagegen 6411 (Mandate noch nicht berechnet).

Am schlechtesten schnitten sie bei den Stadtverordnetenwahlen ab. Sie erhielten in Beuthen 1265 Stimmen (2 Sitze), Hindenburg 2353 (2), Gleiwitz 998 (1), Ratibor 829 (1) und Oppeln 111 (—). Die Stimmenzahl war überall mehr oder weniger stark rückläufig.

Nennenswert ist die Zahl der polnischen Stimmen demnach nur in den Kreisen Oppeln, Groß-Strehlitz und Beuthen. Sie sind indessen auch hier nur eine geringfügige Minderheit und stehen unter den Parteien erst an vierter oder fünfter Stelle.

Pferd und — Staatsbeamter.

Aus Beamtenkreisen erhält die nationaldemokratische **„Gazeta Warszawska"** folgende Bemerkungen:

Zur Unterhaltung eines Pferdes hatte der Staat im Jahre 1926 614 Zloty im Etat bereitgestellt, im Staatshaushaltsvoranschlag für das 1930/31 beträgt diese Summe 1050 Zloty, hat also eine Erhöhung um 72 Prozent erfahren, während in derselben Zeit die Gehälter der Staatsbeamten nur um 25 Prozent gestiegen sind. Die Pferde haben es also verstanden, sich die Anerkennung des Grundsatzes zu erkämpfen, daß ihre Lebensstufe im Jahre 1930/31 nicht unter das Niveau aus dem Jahre 1926 sinken darf, die Staatsbeamten aber vermochten diesen Grundsatz nicht zu verteidigen.

Ein Mann, der ins Gefängnis wollte — Versuch zur Entlastung Halsmanns.

Wien, 14. November. (Eigene Drahtmeldung). Wie die Blätter berichten, wurde in der Mordangelegenheit Philipp Halsmanns eine neue Mystifikation versucht, die zu einer Verhaftung in Wien führte. Ein Freund der Familie Halsmann erhielt vor einigen Tagen einen anonymen Brief, in dem wichtige Aufklärungen zur Rettung des Verurteilten Halsmann in Aussicht gestellt werden. In dem Brief wurde eine Zusammenkunft auf dem Wiener Westbahnhof gefordert. Die Familie H. übergab den Brief dem Verteidiger, der den Rat erteilte, auf das Schreiben scheinbar einzugehen. Auf dem Wiener Westbahnhof erschien nun ein Mann, der erklärte, bereit zu sein, sich als Mörder Halsmanns auszugeben und sich auch verurteilen zu lassen. Dazu sei es aber notwendig, daß er über alle näheren Begleitumstände eingehend informiert werde. Er verlange kein Geld für diesen Dienst, wohl aber stelle er die Bedingung, daß ihm nach der Verbüßung der 10 oder 20 Jahre Kerkers, die er erhalten würde, eine Existenz geschaffen würde. Der Mann wurde verhaftet und gab an, daß er ohne Unterkunft und ohne Erwerb sei. Mit der geplanten Selbstbezichtigung wollte er sein Los verbessern. Der Verhaftete ist der im Jahre 1901 in Wien geborene Hilfsarbeiter Johann Schneider.

Juristische Rundschau.

Novellisierung des Gesetzes über die Agrarreform.

Warschau, 20 November. Im Ministerium für Agrarreform wurden die Arbeiten an der Novellisierung des Gesetzes über die Ausführung der Agrarreform vom 28. Dezember 1925 abgeschlossen. Das Projekt dieser Novelle wird gegenwärtig mit den anderen interessierten Ministerien vereinheitlicht, worauf es dem Ministerrat zur Genehmigung vorgelegt werden wird.

In dem Projekt dieser Novelle haben, wie die „Gazeta Polska" mitteilt, die Erfahrungen Berücksichtigung gefunden, die das Ministerium auf diesem Gebiet gesammelt hatte. Durch diese Änderungen werde jedoch der Charakter des Gesetzes keine Umgestaltung erfahren, die Änderungen sollen lediglich von der Notwendigkeit praktischer Natur diktiert worden sein.

Kleine Rundschau.

* **Deutsche Reitersiege in der Schweiz.** Die Hauptkonkurrenz des Großen internationalen Reitturniers in Genf brachte den deutschen Farben einen glänzenden Sieg. Die aus Oberleutnant Sahla, Oberleutnant Lippert, Leutnant Hasse und Hans Körfer bestehende deutsche Mannschaft errang die Coups des Etendards, einen internationalen Wanderpreis, der bisher je einmal von der Schweiz und Frankreich gewonnen wurde. Der Preis muß bis zum endgültigen Besitz dreimal innerhalb von fünf Jahren gewonnen werden. Bei der Verkündung des deutschen Sieges spielte die Musik das Deutschlandlied, das von den 8000 Zuschauern stehend angehört wurde.

Die ältesten Menschen auf dem Erdball.

Der Aufmarsch der Hundertjährigen.

„Unser Leben währet siebzig Jahre,
und wenn es hoch kommt, sind es achtzig Jahre,
und wenn es köstlich gewesen ist,
so ist es Mühe und Arbeit gewesen."

Lange zu leben ist der Wunsch fast jedes Menschen. Viele behaupten zwar, daß ihnen am Leben gar nichts liege; aber sowie sie einmal krank werden, zeigt es sich erst, wie sie sich am Leben geradezu festklammern. Die medizinische Wissenschaft ist in den letzten Jahrzehnten mit Erfolg darum bemüht gewesen, das Leben des Menschen zu verlängern. Die Bevölkerung aller Staaten altert, das heißt, im Durchschnitt erreichen alle Menschen ein verhältnismäßig höheres Alter als früher. Trotzdem bestaunen wir noch immer die Menschen, die das 80., ja das 90. und sogar das 100. Lebensjahr überschreiten. Deren Zahl ist sehr gering, man muß dieses biblische Alter noch immer als große Ausnahme bezeichnen.

Soeben ist eine recht launige statistische Zusammenstellung der Hundertjährigen in der ganzen Welt erschienen. Deren Angaben darf man allerdings nicht ohne weiteres hinnehmen. Sie sind nicht in bezug auf das Material unzuverlässig, sondern wegen der Angaben, die die alten Leute gemacht haben. Es ist schon vielfach gelungen nachzuweisen, daß viele alte Personen längst vergessen haben, wann sie geboren sind, und sie setzen ihr eigentliches Geburtsjahr recht willkürlich ein. Eine große Rolle spielt dabei auch die Frage der Analphabeten. Denn je mehr Personen von den über Sechzigjährigen des Lesens und Schreibens nicht kundig sind, desto unzuverlässiger werden die statistischen Feststellungen. Geht man bei den Ermittelungen sehr genau vor, so schrumpft die Zahl der „Hundertjährigen" rasch zusammen. Ein typisches Beispiel ist Japan, wo 1918 noch 13 735 alte Damen und Herren behaupteten, über 100 Jahre alt zu sein, während sieben Jahre später bei genauen Erhebungen diese Zahl auf 187 gesunken war. Da ein Massensterben der alten Leute recht unwahrscheinlich ist, dürften recht viele ihr Alter um mehrere Jahre, wenn nicht sogar Jahrzehnte, erhöht haben.

Die Liste der Hundertjährigen der ganzen Welt zeigt folgendes Bild:

Land	Volkszählungsjahr	Zahl	100jährige auf 1 Million der Gesamtbevölkerung	Von Hundert über 60 Jahre alten Personen sind Analphabeten
Deutsches Reich	(1925)	72	1,2	—
Tschechoslowakei	(1921)	8	0,6	—
Schweiz	(1920)	3	0,8	—
Italien	(1921)	256	6,6	48,7
Bulgarien	(1920)	2 161	445,8	84,1
„	(1926(	1 756	320,4	—
Ungarn	(1920)	103	12,9	35,3
Polen	(1921)	2 560	99,6	54,2
Lettland	(1925)	265	143,6	31,1
Estland	(1922)	31	28,0	41,1
Finnland	(1920)	5	1,5	—
Norwegen	(1920)	35	13.2	—
Dänemark	(1921)	16	4,9	—
England	(1921)	110	2.9	—
Schottland	(1921)	35	[illegible]	—
Niederlande	(1920)	11	[illegible]	—
Belgien	(1920)	18	[illegible]	21,7
Spanien	(1920)	633	[illegible]	57,1
Portugal	(1920)	418	[illegible]	75,6
Griechenland	(1921)	1 151	229.2	69,8
Japan	(1918)	13 735	242,4	—
„	(1925)	187	3,1	—
Verein. Staaten	(1921)	4 267	40,4	12,0 (über 65 Jahre)

In Bulgarien hat Professor Dr. Michaykoff in den Jahren 1927/1928 genaue Nachprüfungen der angeblich Hundertjährigen vorgenommen, — und siehe da, deren Zahl schmolz 1926 von 1756 auf 158, das heißt also auf noch nicht einmal 10 Prozent zusammen. Da Professor Michaykoff fast alle Erhebungen persönlich vorgenommen hat, kommt ihnen besondere Beachtung zu. Die Zuverlässigkeit ergibt sich schon allein daraus, daß das ganze Land ununterbrochen von Michaykoff bereist wurde. Zunächst stellte es sich heraus, daß mehr Männer über 100 Jahre alt waren als Frauen, und zwar 85 Männer und 73 Frauen. Das muß jedoch als eine Ausnahmeerscheinung bezeichnet werden. Denn im allgemeinen erreichen Frauen die höchste Altersgrenze. Es ist die ganze Lebensweise der Frau in Bulgarien zu berücksichtigen. Sie hat neben den Hausfrauen- und Mutterpflichten meist noch schwere landwirtschaftliche Arbeit auszuführen. Hingegen ist das Ergebnis ein schwerer Schlag für alle Junggesellen und Junggesellinnen. Denn von den 158 Hundertjährigen waren nur zwei Männer und eine Frau ledig. Zwölf Männer und zwei Frauen waren noch verheiratet, 71 Männer und 70 Frauen verwitwet. Außerordentlich hoch war die Fruchtbarkeit der ein hohes Lebensalter erreichenden Frauen. Kamen doch im Durchschnitt auf jede 7,4 Geburten, woraus man wieder einmal sieht, daß das Kinderkriegen recht gesund ist.

Allerdings gehört zur Langlebigkeit auch eine natürliche, vererbliche Lebenskraft. Denn es zeigte sich, daß in den Familien der Hundertjährigen das Erreichen eines so hohen Alters schon in vielen Generationen beobachtet wurde. Daraus ist zu schließen, daß im allgemeinen die Kinder von Personen, die sehr alt geworden sind, ebenfalls ein langes Leben in Aussicht haben. Den Antialkoholikern wird die Feststellung, daß 125 der über Hundertjährigen gern und reichlich Alkohol getrunken haben, nicht sehr angenehm sein. Demnach scheinen die Gefahren eines mit Maß genossenen guten Tropfens nicht allzu schlimm zu sein. W. S.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Kommerzialisierung der Staatseisenbahn.

Die Frage der Umgestaltung der polnischen Staatseisenbahnen in ein selbständiges Unternehmen wird bereits seit langer Zeit in Wirtschaftskreisen diskutiert und löst naturgemäß nicht nur bei den Eisenbahnbediensteten, sondern auch in der breiten Öffentlichkeit lebhaftes Interesse aus. In den letzten Tagen hat nun der Verkehrsminister Ing. Kuehn in einem Presseinterview einige interessante Aufklärungen über diese Frage erteilt.

„Das Unternehmen der polnischen Staatseisenbahn wurde", so führte der Verkehrsminister aus, „auf gesetzlichem Wege durch Verordnung des Staatspräsidenten vom 24. September 1926 begründet. Das sofortige Inkrafttreten dieser Verordnung stieß aber auf eine Reihe von Schwierigkeiten rechtlicher und organisatorischer Natur, deren Behebung längere Zeit erfordert. Erst jetzt wird das Dekret des Staatspräsidenten teilweise in die Tat umgesetzt. Da seit dem Zeitpunkt des Erlasses geraume Zeit verstrichen ist, müssen naturgemäß eine Reihe seiner Bestimmungen entsprechend den neuen Bedingungen und den während dieser Zeit gewonnenen Erfahrungen eine Novellierung erfahren. Deswegen wurde das Projekt einer Novelle zum Dekret des Staatspräsidenten bearbeitet. Die Schaffung eines selbständigen Unternehmens der Staatseisenbahn hängt sehr innig und organisch mit der gesamten Volkswirtschaft zusammen, so daß sie nur langsam im Rahmen der gegebenen Bedingungen vor sich gehen kann. Die Eisenbahn stellt eine der wichtigsten Wirtschaftseinheiten dar, bei denen plötzliche und unbedachte Experimente viel Schaden anrichten können.

Was das Dekret des Staatspräsidenten betrifft, so erscheint als der erste wichtige Schritt nach dem Inkrafttreten seiner Bestimmungen die Verordnung des Ministerrates, die eine einheitliche Dienstpragmatik für die Angestellten der Eisenbahn schafft. Einen weiteren wichtigen Schritt in dieser Richtung bildet die Herausgabe eines neuen Organisationsstatuts des Ministeriums und die Einführung einer Reihe von Änderungen zum Reglement der Direktionen der P. K. P. Bemerkenswert ist, daß das Reglement der Direktionen eine grundsätzliche Revision hinsichtlich der Ernennung der Präsidenten de Direktionen erfährt, welche bisher Beamte des Staates waren, zu Direktoren des staatlichen Unternehmens, was gleichfalls einen Fortschritt in der Richtung der Realisierung des Dekretes des Staatspräsidenten bedeutet. Im engen Zusammenhang mit der Kommerzialisierung der Staatsbahnen steht gleichfalls die Organisierung einer besonderen Werkstättendirektion, die die Eisenbahnwerkstättenbewirtschaftung zentralisiert. Grundsätzliche Bedeutung kommt auch den Arbeiten hinsichtlich der Schätzung des Eisenbahnvermögens zu. Diese Arbeiten werden schon in nächster Zeit beendet sein."

Auf dem Wege zum Weltpetroleumtrust.

Zu den Erdölüberschußländern der Welt gehören neben den Vereinigten Staaten auch Mexiko, die Südamerikanischen Staaten, England, Niederländisch- und Britisch-Indien, Rußland, Rumänien. Die Erdölproduktion der Welt betrug im Jahre 1913 53 395 000 metr. Tonnen und 1927 173 732 000 m. To Die Vereinigten Staaten decken 9/10 des Erdölbedarfs der Welt. Im Jahre 1913 betrug die Erdölgewinnung in den Vereinigten Staaten 124 082 000 metr. Tonnen, Mexiko 9 785 000 metr. Tonnen, Venezuela 9 435 000 metr. Tonnen, Peru 1 292 000 metr. Tonnen, Argentinien 1 268 000 metr. Tonnen, Kolumbien 2 086 000 metr. Tonnen, Persien 4 886 000 metr. Tonnen, Niederländisch-Indien 3 060 000 metr. Tonnen, Britisch-Indien 1 191 000 metr. Tonnen. Rumänien 3 661 000 metr. Tonnen.

Die ganze Petroleumindustrie der Welt war von 4 großen Gesellschaften, der Standart Oil Co., der Britisch Oil Co., der Royal-Dutch-Shell Co. und dem russischen Staatstrust (Naphthasyndikat) beherrscht. Die Standart Oil Co. hat ihre Gesellschaften neben den Vereinigten Staaten auch in Mexiko, in den Südamerikanischen Staaten und in Rußland; die Dutch-Shell Gruppe in Mexiko, in Venezuela, Peru, Kolumbien und in Niederländisch-Indien. Die Burmah Oil Co. in Britisch-Indien; England hat Konzessionen in Persien, denen fast sämtliche persische Erdölfelder gehören.

Bis nach dem Weltkriege hatten sich die Standart Oil Co. und die Royal-Dutch-Shell Gruppe in dem Petroleumvorkommen der Erde und den Absatz ihrer Produkte zu teilen versucht. Jede Erschließung neuer Vorkommen, sei es nun in Persien und Vorderasien, in Mittelamerika oder Südamerika, rief die beiden großen Gruppen auf den Plan. Ihr erbitterter Kampf warf seine Schatten auf die politischen Beziehungen zwischen England und Amerika und zwang sie zu immer weiterer Ausdehnung ihrer Machtsphären.

Den Amerikanern gelang es, die Verfügung über einen großen Teil der russischen Produktion in die Hand zu bekommen, während mit dem übrigen Ertrag die Russen selbst vor allem in Süd-Ost-Europa und in den Ländern am Mittelmeer einen Teil des Geschäfts an sich rissen. (Der Standart Oil of Newyork verpflichtete sich, innerhalb von 5 Jahren jährlich 100 000 Tonnen Rohnaptha abzunehmen mit einer freiwilligen Verfügung darüber, außerdem 100 000 Tonnen Bunkeröl, das für die Bunkerstationen der Standart Oil auf dem Seewege von Europa nach Ost-Indien, hauptsächlich Konstantinopel, Port-Said, Kolombo und Singapore bestimmt war, dann verpflichteten sich die Russen, die Belieferung der Tankbootflotte der Standart Oil mit Bunkeröl bis zu einer beliebigen Mengen zu übernehmen). Rußland bekam dadurch die Gelegenheit, mit der englischen Produktion in Wettbewerb zu treten.

Von den europäischen Ländern vermochte nur Frankreich durch die enge Verbindung mit den polnischen Ölinteressen ein gewisses Maß der Unabhängigkeit zu behaupten. Der scharfe Interessenkampf der beiden großen Gesellschaften Standart Oil und Royal-Dutch-Shell führte schließlich zu einer Verständigung. Im Jahre 1928 entstand in Newyork unter der Beteiligung der Tochtergesellschaft der Royal-Dutch-Shell Gruppe und der Standart Oil Co. ein Ölausfuhrsyndikat „Petroleum Export Associated Newyork", dem 15 größte amerikanische Ölfirmen gehören.

Anfang Dezember 1928 verständigte sich die Royal-Dutch-Shell Gruppe mit der Burmah Oil Co. Sie gründeten eine gemeinsame Verkaufsgesellschaft in Indien, um mit dem russischen Syndikat erfolgreich konkurrieren zu können. Diesem Kampf ist zum Teil wiederum durch das gemeinsame Vorgehen der Royal-Dutch-Shell Gruppe und der Standart Oil Gruppe, deren Interessen mit den russischen liiert sind, die Spitze abgebrochen.

In den letzten Jahren hat sich die Vertrustung des Petroleums der ganzen Welt schnell weiter entwickelt. Der weiteren Verständigung fehlten aber 2 wichtige Glieder. Die amerikanische Trustgesetzgebung stand der Zusammenfassung der amerikanischen Ölproduktion im Wege. Die von der Standart Oil erstrebte Kontingentierung der amerikanischen Produktion stieß auf den Widerstand der amerikanischen Regierung, die entsprechend der Volkseinstellung nicht die Hand zur Entstehung eines faktischen Monopols bieten wollte. Dieser Widerstand ist nun einer Meldung der Frankfurter Zeitung vom 3. November 1929 zufolge überwunden worden. Die amerikanische Regierung hat sich bereit erklärt, die Kontingentierung der amerikanischen Ölproduktion gesetzlich anzuordnen.

Eine zweite, wenn auch nicht so bedrohliche Gefahr lag in den deutschen Erfindungen auf dem Gebiete der Herstellung künstlichen Öls aus der Kohle, insbesondere der durch die J. G. Farbenindustrie im großen Stile begonnenen Ausbeutung ihrer Patente für die Eroberung des deutschen Marktes Die Bedeutung dieser Patente ist um so größer, als ihre weitere Entwicklung in dem Sinne einer erheblichen Verbilligung der Produktion nur eine Frage der Zeit ist, während andererseits trotz allen neuen Aufschlüssen die Petroleumvorkommen der Erde begrenzt sind, und früher oder später erschöpft werden müssen. Es mußte daher rechtzeitig eine Verständigung mit der J. G. Farbenindustrie erstrebt werden, an welcher natürlich auch die letztere ein umso dringenderes Interesse hatte, als ein Konkurrenzkampf mit dem mächtigen Petroleumtrust für sie ein Kampf von Leben und Tod hätte werden können.

Die durch frühere Besuche führender Persönlichkeiten der J. G. Farbenindustrie in Amerika bereits angebahnten Verständigungsverhandlungen haben den letzteren Nachrichten zufolge nun jüngst anläßlich eines neuen derartigen Besuchs zu einem positiven Vertragsabschluß geführt. Wenn der Inhalt dieses Vertrages auch wie üblich von der J. G. Farbenindustrie noch in den Schleier des Geheimnisses gehüllt wird, so dürfte er doch kaum in etwas anderem bestehen als in einer endgültigen Verständigung über die Teilung des deutschen Marktes und über das Tempo der Expansion der deutschen Patente nach anderen Ländern, an deren Versorgung der Petroleumtrust interessiert ist. Auch hier wird also ein störender Wettbewerb durch Verständigung ausgeschaltet, und damit ein wichtiger weiterer Schritt zum Weltpetroleum getan. Neben den Russen bleiben nun als wichtigste selbständige Gruppe von größerer Bedeutung nur noch die französisch-polnischen Interessen übrig. Eine nahe Zukunft dürfte lehren, ob sich diese Selbständigkeit behaupten läßt oder nicht vielmehr auch hier eine Verständigung mit dem Trust einem gefahrvollen Kampfe vorgezogen wird. Dr. E.

---

e. **Deutsch-polnische Getreideexportkonferenz in Warschau.** Nach einer soeben erfolgten ersten Fühlungnahme in Posen werden demnächst, wie die „Agencja Wschodnia" meldet, in Warschau eingehende Beratungen zwischen Vertretern des deutschen Getreideexporthandels einerseits und des neugegründeten polnischen Getreideexportverbandes andererseits stattfinden. Die Besprechungen, die mit der Einführung von Exportprämien durch die Polnische Regierung im Zusammenhang stehen, verfolgen den Zweck, ein gewisses Zusammengehen beim Angebot von deutschem und polnischem Getreide, insbesondere Roggen, auf den Auslandsmärkten zu erzielen und einer Preissenkung entgegenzuwirken.

e. **Barauszahlung polnischer Getreideexportprämien.** Zum Unterschiede von dem deutschen System der Einfuhrscheine, die für Zollgebühren bei der Einfuhr von Getreide in Zahlung genommen werden, werden die polnischen Getreideexportprämien nach der im „Dziennik Ustaw" (76/1929) veröffentlichten Verordnung bei Vorweisung der von den Zollämtern ausgestellten „Ausfuhrquittungen" in bar ausgezahlt. Die Ausfuhrquittungen, die auf den Inhaber lauten, behalten ihre Gültigkeit während eines Monats, vom Tage der Ausstellung ab gerechnet. Die Auszahlung der Prämien (4 Zloty für 100 Kg. bei Hafer und Gerste, 6 Zloty bei Roggen und Weizen, 9 Zloty bei Mehl, Gerstengrütze und Malz) erfolgt durch die Zollämter in Warschau und Posen. Die Verordnung bleibt vom 16. November d. J. bis zum 15. April 1930 in Kraft

e. **Die polnische Kohle auf dem skandinavischen Markt.** In Stockholm ist, wie die „Agencja Wschodnia" meldet, unter der Firma „Polska Stenkolsgruvornas Försälinings A/B) eine Aktiengesellschaft gegründet worden, die sich den Verkauf polnischer Kohle zur Aufgabe stellt. 60 Prozent des Aktienkapitals befinden sich in der Hand der polnischen Firma „Polskarob" in Kattowitz, die am 1. Juli d. J. einen Vertrag mit der Polnischen Regierung über die Benutzung des Gdinger Hafens abgeschlossen hat. Die „Polskarob" besitzt gegenwärtig drei Schiffe mit insgesamt 7400 To., ferner zwei Schlepper und drei Leichter, während zwei Schiffe mit insgesamt 6000 To. sich im Bau befinden. Gegen Ende 1930 wird die polnische Gesellschaft ihren Schiffsbestand auf insgesamt 15 000 To. gebracht haben. Im Jahre 1928 wurden von der „Polskarob" 2,5 Mill. To. Kohle zur Ausfuhr verladen. Die Gesellschaft unterhält ständige Vertretungen in den skandinavischen Ländern, Lettland, Frankreich und Italien.

e. **Polens Kohlenförderung in den ersten 8 Monaten 1929.** Nach kürzlich veröffentlichten amtlichen Angaben wurden in Polen in den ersten 8 Monaten 1929 insgesamt 29 745 900 To Steinkohle gefördert, gegen 26 141 100 To. im Vorjahre. Der Vorkriegsstand, d. h. die Förderung in den Monaten Januar-August 1913, ist damit um 8,8 Prozent überschritten. Die Zunahme im Vergleich zu 1913 ist im Krakauer und Dombrowaer Revier mit 40,1 bzw. 25,3 Prozent verhältnismäßig am stärksten, während sie im ostoberschlesischen Gebiet 3,4 Prozent beträgt. Von der Gesamtförderung entfallen in der Berichtszeit auf Ostoberschlesien 22 191 000 To. (gegen 19 629 600 To. im Januar-August v. J.), auf das Dombrowaer Revier 5 713 900 To. (4 919 800 To.) und auf das Krakauer Revier 1 840 900 To. (1 591 700 To.).

Geldmarkt.

Börsenberichte aus Deutschland und Danzig liegen heute nicht vor, da der gestrige Buß- und Bettag dort gesetzlicher Feiertag ist.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 21. November auf 5,9244 Zloty festgesetzt.

Der Zloty am 20. November. Zürich: Ueberweisung 57,80, Newyork: Ueberweisung 11,25, London: Ueberweisung 43,49, Prag: Ueberweisung 377,60, Wien: Ueberweisung 79,55—79,82.

Warschauer Börse v. 20. November. Umsätze Verkauf — Kauf. Belgien 124,67, 124,98 — 124,36, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Helsingfors —, Spanien —, Holland 359,68, 360,58 — 358,78, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London 43,48, 43,59 — 43,37, Newyork 8,89$^{3}/_{4}$, 8,91$^{3}/_{4}$ — 8,87$^{3}/_{4}$, Oslo —, Paris 35,11, 35,20 — 35,02, Prag 26,42$^{1}/_{2}$, 26,49 — 26,36, Riga —, Schweiz 172,97, 173,40 — 172,54, Stockholm —, Wien 125,36, 125,67 — 125,05, Italien 46,68$^{1}/_{2}$, 46,80 — 46,57.

Amtliche Devisen-Notierungen der Danziger Börse vom 19. November. In Danziger Gulden wurden notiert Devisen: London 25,00$^{1}/_{2}$ Gd., 25,00$^{1}/_{2}$ Br., Newyork —,— Gd., —,— Br., Berlin —,— Gd., —,— Br., Warschau 57,50 Gd., 57,65 Br., Noten: London 25,01$^{1}/_{2}$ Gd., 25,01$^{1}/_{2}$ Br., Berlin 122,567 Gd., 122,873 Br., Newyork —,— Gd., —,— Br., Holland —,— Gd., —,— Br., Zürich —,— Gd., —,— Br., Paris —,— Gd., —,— Br., Brüssel —,— Gd., —,— Br., Helsingfors —,— Gd., —,— Br., Kopenhagen —,— Gd., —,— Br., Stockholm —,— Gd., —,— Br., Oslo —,— Gd., —,— Br., Warschau 57,47 Gd., 57,62 Br.

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskontsätze	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 19. November Geld	Brief	In Reichsmark 18. November Geld	Brief
—	Buenos-Aires	1.722	1.726	1.724	1.728
—	Kanada	4.096	4.104	4.096	4.104
5.48 %	Japan	2.043	2.047	2.038	2.042
—	Kairo	20.89	20.93	20.895	20.935
—	Konstantinopel	1.978	1.982	1.968	1.972
5.5 %	London	20.363	20.403	20.374	20.414
5 %	Newyork	4.1790	4.1870	4.1790	4.1870
—	Rio de Janairo	0.487	0.489	0.490	0.492
—	Uruguay	4.026	4.034	4.046	4.054
5.5 %	Amsterdam	168.49	168.83	168.50	168.84
9 %	Athen	5.42	5.43	5.425	5.435
4 %	Brüssel	58.415	58.535	58.415	58.535
7 %	Danzig	81.44	81.60	81.48	81.64
7 %	Helsingfors	10.498	10.518	10.498	10.518
7 %	Italien	21.865	21.905	21.86	21.90
7 %	Jugoslawien	7.397	7.411	7.396	7.410
5 %	Kopenhagen	111.90	112.10	111.94	112.13
8 %	Lissabon	18.80	18.84	18.80	18.84
5.5 %	Oslo	111.90	112.10	111.91	112.13
3.5 %	Paris	16.445	16.485	16.445	16.485
5 %	Prag	12.385	12.405	12.382	12.402
3.5 %	Schweiz	81.03	81.19	81.03	81.19
10 %	Sofia	3.014	3.020	3.014	3.020
5.5 %	Spanien	58.31	58.43	58.47	58.59
4.5 %	Stockholm	112.23	112.43	112.28	112.43
7.5 %	Wien	58.77	58.89	58.735	58.855
8 %	Budapest	73.07	73.21	73.07	73.21
9 %	Warschau	46.825	47.025	46.775	46.975

Zürcher Börse vom 20. November. (Amtlich.) Warschau 57,80, Newyork 5,15$^{1}/_{2}$, London 25,1336, Paris 20,29, Wien 72,49$^{1}/_{2}$, Prag 15,28, Italien 26,98$^{1}/_{2}$, Belgien 72,10, Budapest 90,25, Helsingfors 12,96, Sofia 3,73$^{3}/_{4}$, Holland 207,95, Oslo 138,05, Kopenhagen 138,05, Stockholm 138,57$^{1}/_{2}$, Spanien 71,90, Buenos Aires 2,12, Tokio 2,54, Bukarest 3,07$^{1}/_{2}$, Athen 6,70, Berlin 123,26, Belgrad 9,12$^{5}/_{8}$, Konstantinopel 2,43. Privatdiskont 5$^{3}/_{4}$ pCt. Tägl. Geld 5 pCt.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,85 Zl., do. kl. Scheine 8,84 Zl., 1 Pfd. Sterling 43,31 Zl., 100 Schweizer Franken 172,23 Zl., 100 franz. Franken 34,97 Zl., 100 deutsche Mark 212,32 Zl., 100 Danziger Gulden 173,14 Zl., tschech. Krone 26,35 Zl., österr. Schilling 124,95 Zl.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 20. November. Fest verzinsliche Werte: Notierungen in Prozent: 5proz. Konvertierungsanleihe (100 Zloty) 49,00 G. 8proz. Dollarbriefe der Posener Landschaft (1 D.) 89,00 +. Notierungen je Stück: 5proz. Prämien-Dollaranleihe Serie II (5 Dollar) 64,50 G. 4proz. Prämien-Investierungsanleihe (100 G.-Zloty) 118,00 G. Tendenz unverändert. — Industrieaktien: Bank Polski 168,00 +. Tendenz unverändert. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz)

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 20. November. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty frei Station Posen.

Richtpreise:

Weizen	38.75—40.75	Rübensamen	70.00—74.00
Roggen	26.00—26.50	Felderbsen	38.00—42.00
Mahlgerste	25.50—26.50	Viktoriaerbsen	45.00—55.00
Braugerste	26.00—29.00	Folgererbsen	42.00—47.00
Hafer	22.00—24.00	Roggenstroh, lose	3.20—3.50
Roggenmehl (65%)	—.—	Roggenstroh, gepr.	4.20—4.50
Roggenmehl (70%)	39.50	Heu, lose	8.00—9.00
Weizenmehl (65%)	59.00—63.00	Heu, gepr.	10.00—11.00
Weizenkleie	18.00—19.00	Blaue Lupinen	—.—
Roggenkleie	16.00—17.00	Gelbe Lupinen	—.—

Fabrikkartoffeln franko Fabrik 19 Groschen je Stärkeprozent.

Gesamttendenz: beständig.

Speisekartoffeln ohne Geschäft. Die auf den Markt kommende Gerste entspricht meistens nicht den Normen der Braugerste.

Londoner Eiernotiz vom 19 November. Für Eier entsprechend der neuen englischen Standardisierung notierte man je 120 Stück in engl. Schillingen: polnische Eier, blaue 12,6—13,9, rote 11, posensche 15 lb. 15—15,3, 14 lb. 14, gewöhnliche 11,6, mittlere 11,6. Die Eierzufuhr auf dem Londoner Markt belief sich in der vergangenen Woche in großen Hunderten auf 262 738, davon kamen aus Polen 25 524. Die Preistendenz war in der vergangenen Woche fester. Polnische Eier unverändert, außerhalb der normalen Preise zahlte man für schwere polnische Eier 15 Sh.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein, anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache" anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

P. L. 25. 1. Ihre Anfrage ist uns nicht recht verständlich; Sie sagen, das Grundstück wäre Ihnen übergeben worden, die Geschwister, die als Erben der Mutter eingetragen sind, hätten aber die Genehmigung zur Eintragung verweigert. An einer anderen Stelle sagen Sie, Ihr väterliches Erbteil wäre im Grundbuch mit einer bestimmten Summe eingetragen. Wenn nun die Erben der Mutter Ihre Geschwister sind und Ihr väterliches Erbteil als Hypothek auf dem Grundstück eingetragen ist, wer hat Ihnen denn das Grundstück übergeben? Das ist zur Beurteilung des Falles von Wichtigkeit. 2. Ob Sie auf ein Wirtschaftsgehalt Anspruch haben, hängt von den Umständen ab, unter denen Sie die Leitung der Wirtschaft übernommen haben Im übrigen ist ein Kind, so lange es dem elterlichen Hausstand angehört und von den Eltern unterhalten wird, zur Mitarbeit im Hauswesen und im Geschäft verpflichtet, d. h. ohne Entschädigung. Ist aber eine Entschädigung für diese Tätigkeit vorher zugestanden, dann hängt die Höhe derselben von dem ganzen Zuschnitt der Wirtschaft und von der Lebensstellung der Eltern ab, was wir aus der Ferne natürlich nicht übersehen können.

„Lebensversicherung." Zwischen Deutschland und Polen ist am 5 Juli v. J. ein Abkomemn getroffen worden, das auch die Zahlungen deutscher Lebensversicherungsgesellschaften an polnische Staatsangehörige umfaßt. Danach werden die Leistungen deutscher Lebensversicherungsgesellschaften durch Vermittlung der Polnischen Regierung geregelt. Polen wird eine Stelle bezeichnen, wohin sich der polnische Staatsangehörige zu wenden hat, um Forderungen gegen eine deutsche Versicherungsgesellschaft geltend zu machen. Die Stelle ist noch nicht angegeben, denn der Vertrag ist noch nicht ratifiziert und deshalb noch nicht in Kraft. Sie müssen sich also noch gedulden, da die deutschen Gesellschaften in den meisten Fällen direkte Zahlungen an den Berechtigten ablehnen. Dadurch, daß Ihr Sohn, zu dessen Gunsten die Versicherung abgeschlossen war, jetzt in Deutschland ist, wird an diesen Tatsachen nichts geändert.

W. S. K. 10. Wenn der fragliche Arbeiter einen Antrag auf Rente gestellt hat, so konnte es sich nur um Invalidenrente handeln, denn mit 63 Jahren hat er noch kein Recht auf Altersrente. Ob durch den Antrag auf Rente die Invalidität schon festgestellt ist, möchten wir bezweifeln; wichtiger ist es, wenn der Arbeitnehmer bei dem Vertragsabschluß seine verminderte Arbeitsleistung zugestanden hat. In solchem Falle halten wir eine Nachzahlung für nicht begründet. Die Frage der Überstunden dürfte auch zu Ihren Gunsten sich entscheiden, da Sie Wochenlohn vereinbart haben und dem Vertragsgegner von vornherein bekannt sein mußte, daß bei der Art des Betriebes Überstunden unvermeidlich waren.

G. N. D. Leider können wir Ihnen ein solches Lehrinstitut nicht nachweisen

Willi P. in R. 1. Sie sind für den Schaden, den Ihre Leute bei Ausführung eines Auftrags von Ihnen verursacht haben, haftbar, aber Sie können den Betrag von dem Lohn abziehen. 2. Das genannte polnische Blatt erschein in Thorn. 3. Wir können doch nicht zu Ihren Gunsten einen Artikel schreiben, da wir Ihren Fall gar nicht kennen.

Nr. 12. J. B. in W. 1. Für die 8000 Mark können Sie etwa 60 Prozent = 3199,80 Zloty verlangen, u. z. von Ihrem Käufer; die nachfolgenden Besitzer kommen für Sie nicht in Betracht. Sie können nur 5 Prozent Zinsen verlangen; verjährt sind nur die Zinsen für das 2 Halbjahr 1924. 2. die 10 000 Mark vom Januar 1920 hatten nur einen Wert von 1111 Zloty. Davon können Sie mehr als 15 Prozent verlangen; ein fester Aufwertungssatz ist im Gesetz nicht angegeben, im Streitfall entscheidet das Gericht. Dazu Zinsen zu 5$^{1}/_{4}$ Prozent von der aufgewerteten Summe. 3. Für die 30 000 Mark vom Mai 1921 können Sie 10 Prozent = 20 Zloty fordern; die zwei anderen Posten (70 000 Mark und 400 000 Mark) werden nicht aufgewertet, sind also wertlos Schuldscheinforderungen werden nur aufgewertet, wenn sie vor dem 1. 1. 1922 entstanden sind.

W. W. Die Aufwertung beträgt 10 Prozent = 148.14 Zloty. Dazu die Zinsen zu 6 Prozent für die Zeit vom 1. 1. 1925 bis Ende 1929 = 79.92 Zloty.

H. 10. 1. Über 100 Prozent hinaus gibt es nach der polnischen Aufwertungsverordnung keine Aufwertung; damit erledigen sich alle Ihre Fragen. 2. Die Kindergeldhypothek von 3000 Mark ergibt mit 5 Prozent verzinst bis Ende 1929 einen Betrag von 5671.25 Zloty. Die Zinsen bis einschließlich 1919 sind verjährt; die Zinsen vom 1. 1. 1920 bis 30. Juni 1924 werden zum Kapital geschlagen und mit diesem verzinst, was 4537 Zloty ergibt. Die Zinsen für das 2. Halbjahr 1924 sind verjährt; die späteren Zinsen bis Ende 1929 ergeben den Betrag von 1134.25 Zloty. Der Gesamtbetrag von Kapital und Zinsen ist also wie oben angegeben 5671.25 Zloty.

A. R. Pędzewo. Mit dem jetzigen Besitzer haben Sie nichts zu tun; Sie haben ihm nichts verkauft und er ist als Eigentümer nicht eingetragen. Er kann Sie auch nicht verklagen; wenn er jemanden verklagen will, so höchstens seinen Vorbesitzer, mit dem er den Kauf abgeschlossen hat. Was er in seinem Kaufvertrag über Aufwertung und Zinsen stehen hat, kann Ihnen ganz gleichgültig sein, Sie sind dadurch nicht gebunden. Das alles verhilft Ihnen aber nicht zu Ihrem Gelde. Über diesen Punkt können wir nur wiederholen, was wir Ihnen schon gesagt haben. Sie können zunächst den jetzigen Besitzer wegen der fälligen Zinsen verklagen. Dadurch wird sich vielleicht das ganze Rechtsverhältnis klären lassen. Über die Höhe der Aufwertung läßt sich etwas Bestimmtes nicht sagen; da der jetzige Besitzer weder eingetragener Eigentümer noch persönlicher Schuldner ist, ist dem Problem nur auf die Weise beizukommen, daß man den Versuch macht, vorläufig durch Klage die Zinsenfrage zu lösen, wodurch sich möglicher Weise ein Weg öffnet zur Klärung und Verständigung. Ein Vorgehen gegen den jetzigen Besitzer mit dem Ziel der Subhastation des Grundstücks würde sich, wie schon gesagt, formell gegen Sie selbst richten.

Świtalski über die Verfassungsreform.

Świtalski über die Verfassungsreform.

Warschau, 20. November. (PAT.) Der Präses des Ministerrats Dr. Kazimierz Świtalski hielt gestern abend die angekündigte Vorlesung, die sich mit dem Verfassungsproblem beschäftigte. Der Saal der Philharmonie war mit eingeladenem Publikum dicht angefüllt. In den ersten Reihen nahmen die Mitglieder der Regierung, höhere Beamte, Offiziere und Pressevertreter Platz.

Einleitend betonte der Ministerpräsident die Notwendigkeit, eine Revision der Verfassung vorzunehmen und stellte fest, daß er dieses Problem vom politischen und nicht vom juristischen Standpunkte aus behandle. Gleichzeitig gab er die Richtung an, in der sich die Verfassungsreform bewegen müßte, um im Ergebnis eine verbesserte Staatsorganisation zutage zu fördern. In einem kurzen Rückblick auf die Geschichte der gegenwärtigen Verfassung sagte Herr Świtalski, daß diese ein zufälliges Ergebnis des Kampfes sei, der zwischen der dem Marschall Piłsudski feindlichen Rechten, die in ihm den künftigen Präsidenten sah, und der Linken tobte, die damals eine begeisterte Anhängerin des Marschalls war, gleichzeitig jedoch den Standpunkt vertrat, daß sie sich der Erweiterung der Vorrechte des Parlaments nicht entgegenstellen könne. Der Ministerpräsident stellte fest, daß die unter solchen Bedingungen bearbeitete Verfassung zu einer

übertriebenen Erweiterung der Vorrechte der Parlamentsmitglieder,

zu einer endgültigen Schwächung der Vollzugsgewalt und im weiteren Ergebnis zu einem politischen Chaos geführt habe. Eine tiefe Erschütterung, so fuhr der Redner fort, konnte den Staat retten. Diese Erschütterung erfolgte im Mai 1926 unter riesiger Unterstützung der Mehrheit des Volkes; doch das Parlament, das sich mit dem Volke identifizierte, durch das es gewählt wurde, widersetzte sich auch weiterhin jeder Verfassungsreform, deren Ergebnis eine Einschränkung der parlamentarischen Vorrechte sein könnte. Die Taktik der Opposition beruht darauf, immer neue Probleme auf die Tagesordnung der Sejmberatungen in den Vordergrund zu schieben, um das Problem der Verfassungsreform auf einen möglichst weiten Plan rücken zu können.

In der letzten Zeit bildete das Thema dieser Art die Hervorkehrung der Frage der Zusatzkredite für das Wirtschaftsjahr 1927/28, trotzdem die Regierung, wie aus der Erklärung des ehemaligen Ministerpräsidenten Bartel hervorgeht, in dieser Frage einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt hatte. Der Ministerpräsident stellte weiter mit aller Entschiedenheit fest, daß keine Regierung des Marschalls Piłsudski und auch niemand von den maßgebenden Faktoren seines Lagers die Budgetrechte des Parlaments oder auch seine Befugnisse auf dem Gebiet der Kontrolle der Finanzwirtschaft des Staates schmälern wollte.

Herr Świtalski analysierte sodann die gegenwärtige politische Situation Polens und meinte, daß der Sejm dadurch, daß er sich der Verfassungsrevision widersetze, jeglichen Kontakt mit den breiten Massen des Volkes verloren habe, für das das Problem der richtigen Funktionierung der Staatsorganisation mit Hilfe der Revision die elementarste Frage sei. Die Opposition rechne mit einem kurzen Gedächtnis des polnischen Volkes. Doch sie befinde sich in einem Irrtum; denn die riesige Mehrheit der öffentlichen Meinung würde sich auf das energischste allen Versuchen, zu dem politischen Chaos vor dem Monat Mai 1926 zurückzukehren, widersetzen.

Weiter begründete der Ministerpräsident die Notwendigkeit der beschleunigten Stärkung der polnischen Staatsorganisation durch eine Verfassungsreform mit den geographisch-politischen und wirtschaftlichen Bedingungen, in denen sich unser Land befindet. In einem Vergleich zwischen der parlamentarischen Struktur in Frankreich und in Polen betonte er, daß der Mangel einer parlamentarischen Struktur und die übermäßige Zersplitterung in Parteien in Frankreich durch das Prestige neutralisiert sind, das dort hervorragende Individualitäten genießen. Ebenso gibt es keine Analogie zwischen den politischen Verhältnissen in Polen und in England.

In Polen besteht gegenwärtig keine Möglichkeit, eine ständige Mehrheit zu bilden.

Unter diesen Bedingungen wären die Kabinette nur einige Monate am Ruder; sie wären vollkommen von dem Kompromiß der sich andauernd ändernden Mehrheit abhängig. Die englische Regierung ist stets bemüht, die Stetigkeit in der Aktion der Regierung zu wahren. Wir sind sehr weit entfernt von den Gebräuchen und Formen des politischen Lebens in England. Die Methoden des „fair play" sind in Polen in allernächster Zukunft nicht zu verwirklichen. Aus diesen Erwägungen geht hervor, daß uns lediglich die Erweiterung der Macht des Präsidenten der Republik vor andauernden Krisen sicherstellen kann.

Die polnischen parlamentarischen Fraktionen sind zu Vorurteilen geneigt, so daß die parlamentarische Debatte fast zu einer Formalität wird, da alle Ansprachen lediglich Deklarationen vorher gefaßter Beschlüsse sind. Auf die Gefahr der Bureaukratie eingehend, betonte der Ministerpräsident, daß bei schwachen und sich häufig ändernden Regierungen diese Gefahr größer und ernster ist, da dann die Bureaukratie den einzigen Faktor darstellt, der die Stetigkeit repräsentiert.

Die Gefahr der bureaukratischen Allmacht ist bei einer ständigen Regierung geringer.

Das Projekt der Verfassungsreform, das vom Nationalen Klub eingebracht wurde, erfaßte nicht den Gesamtkomplex der Aufgaben in der Annahme, daß es genüge, lediglich die Wahlordnung abzuändern. Das auch von der Linken vorgelegte Projekt sieht eine noch größere Stärkung des Prestiges des Sejm vor, da es die Stetigkeit der Sejmsitzungen sogar nach der Ausschreibung von Neuwahlen fordert. Das Problem der Verfassungsreform kann trotz seines komplizierten Charakters ohne Erschütterungen unter der Bedingung verwirklicht werden, daß man die Notwendigkeit als Grundsatz annimmt, dem Staat eine ständige starke Regierung zu sichern. In dieser Beziehung ist eine Komplikation nicht möglich.

Den Grundsatz der Stärkung der Macht und Leistungsfähigkeit des Staates als den wesentlichsten Grundsatz betonend, erklärte der Ministerpräsident, daß er sich nicht allein von Rücksichten der Staatsräson sondern auch von dem Instinkt der breiten Massen der Bevölkerung leiten lasse, die sich der schwierigen Bedingungen bewußt sind, unter denen sich die gegenwärtigen Regierungen befinden, daß diese breiten Massen reale Dinge fordern und wünschen, daß sie unter diesen schwierigen Bedingungen von einer starken Hand geleitet werden. In diesem Grundsatz, der dem Wunsche des Volkes entspricht, gäbe es keine antidemokratischen Tendenzen. Niemals war der Kampf, der auf eine Änderung der Staatsstruktur abzielt, leicht. Die einfachste Lösung der Schwierigkeiten wäre die Beschränkung dieses Kampfes auf einen Abschnitt, um Erschütterungen zu vermeiden. Hier führte der Ministerpräsident einige Beispiele für die Taktik der oppositionellen Klubs an und meinte, daß diese sich der Durchführung der Verfassungsreform zu entziehen beabsichtigten. Doch wenn wir Schwierigkeiten begegnen, sei es offenem Widerstand, oder böswilliger Unlust,

so werden wir Kämpfen in größerem Umfange nicht aus dem Wege gehen können.

Wir werden niemals auf Kämpfe um die Verwirklichung unseres obersten Grundsatzes verzichten, ja nicht einmal dann, wenn wir nicht eine genügende arithmetische Zahl von Stimmen im Sejm zur Unterstützung der Verfassungsreform finden sollten. In diesem Kampfe muß der Sieg unser sein.

Zum Schlusse stellte Ministerpräsident Świtalski fest, daß das von Marschall Piłsudski geleitete Lager es verstehen werde, sämtliche Schwierigkeiten zu überwinden, und die Revision der Verfassung, sowie die Reform der gegenwärtigen Struktur Polens zu verwirklichen.

Świtalski über die nationalen Minderheiten.

Ein Abschnitt in der Vorlesung, die Ministerpräsident Dr. Świtalski am Dienstag abend in der Philharmonie gehalten hat, beschäftigt sich auch mit der Frage der nationalen Minderheiten. Es heißt da u. a.:

„Unsere eigenen Erfahrungen wie auch die Beobachtungen der politischen Erscheinungen in anderen Ländern weisen darauf hin, daß von allen Teilen der Verfassung eine Revision vor allem jene Abschnitte erfordern, die das Verhältnis der vollziehenden zu der gesetzgebenden Gewalt regeln sollen, die also von den Aufgaben des Präsidenten der Regierung und des Parlaments handeln. Ich denke nicht daran, in Abrede zu stellen, daß in der Verfassung noch andere Teile bestehen, die besserungsbedürftig sind. Eine besondere Aufmerksamkeit kann man auch dem Teil der Verfassung zuwenden, durch den die Bürgerrechte garantiert werden. Freilich will ich nicht diesen Teil disqualifizieren, er ist zweifelsohne ein unumgänglicher Bestandteil einer jeden Konstitution; doch dieser Teil ist eigentlich ziemlich stereotyp, und er wird, sofern es sich um die rechtliche Formulierung handelt, mit Mühe und Not in allen Verfassungen gleich behandelt. Wiederholt werden darin ziemlich ein und dieselben Grundsätze, die diese oder jene Bürgerfreiheiten garantieren; **aber aus der lebendigen Praxis wissen wir genau, daß es nicht von der Art der Formulierung dieser Grundsätze, sondern von der Kunst, sie in das praktische Leben umzusetzen, abhängt, ob diese Grundsätze heute dem Bürger etwas geben oder nicht.** Diese Berechtigungen erweitern sich und bekommen Inhalt durch das Leben des Alltages, durch seine Praxis, und diese oder jene Formulierung der Bürgerrechte kann im realen Leben das Los dieses Bürgers nicht viel ändern. Hätten wir heute z. B. in der Koalitionsregierung einen Innenminister aus der nationaldemokratischen Gruppierung, so könnte dieser trotz der in Toleranz gehüllten Paragraphen der Verfassung sich nicht so sehr dem entgegenstellen, daß man mindestens einmal im Jahre in irgendeiner Stadt die Juden verprügelt. Irgend etwas zur Labung der Herzen **seiner Bekenner müßte er doch tun.** Eine Prüfung der Verfassung ausschließlich vom Gesichtspunkt der Erklärung der Menschenrechte muß heute als das Einschlagen offener Türen oder als Anachronismus gelten.

Denken wir uns den idealsten Stand des Sejm in Polen aus. Es gibt zwar keine entschiedene Mehrheit; doch es bestehen nur zwei polnische Lager, das dritte stellt das in unseren Bedingungen unvermeidliche Lager der **nationalen Minderheiten dar.** Ich will hier das Problem der nationalen Minderheiten nicht berühren; doch es unterliegt heute nicht dem geringsten Zweifel, daß es noch bis jetzt in Anbetracht der Neigung der Abgeordneten einiger nationaler Minderheiten, die Existenz des polnischen Staates selbst in vollkommen negativer Art zu behandeln, eine ungeheuer gefährliche Sache für jede Regierung wäre, in den Stimmen gerade dieser Minderheitenvertreter eine Sicherstellung zu suchen. (Świtalski denkt offensichtlich an die Ukrainer. D. R.) Dabei müßten sich Gebräuche herausbilden, die sich nur infolge langer parlamentarischer Traditionen herausbilden können.

In entscheidender Stunde.

Die politische Lage in Polen.

Erklärung des Abg. Fürsten Janusz Radziwiłł.

Krakau, 20. November. Gestern fand hier ein Diner für die Freunde des „Czas" statt, in dessen Verlauf der Präses des konservativen Komitees Abg. **Fürst Janusz Radziwiłł** eine längere Rede über die politische Situation in Polen seit dem Jahre 1926 hielt. Der Redner betonte u. a., daß die sich um das Lager des Großen Polens gruppierende Opposition eine baldige Katastrophe sowohl auf dem Gebiet der Außenpolitik als auch auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet angekündigt hatte. Auf den inneren Zusammenbruch setzte dieses Lager seine ganze Hoffnung; es rechnete darauf, daß ihm gerade die Rolle des Erlösers des Staates zufallen werde, wodurch ihm wiederum der Weg zur Macht eröffnet werden würde. Heute nach drei Jahren, sagte Fürst Radziwiłł, können wir kühn sagen, daß sich diese pessimistischen Voraussagen nicht verwirklicht haben. **Die ausländische Situation hat sich bedeutend gebessert.** Die Autorität Polens gegenüber den Fremden ist erheblich gewachsen, wovon die einmütige Wahl Polens in den Völkerbundrat, sowie die Erhebung der Gesandtschaften in Italien und England zur Würde von Botschaften zeugen. Die gegenwärtige Wirtschaftskrisis umfaßt nicht ausschließlich unser Land, sondern macht sich auch stark im Auslande bemerkbar, dies betrifft vor allem die Landwirtschaft. Die Konservativen haben keinen Grund, ihre im Jahre 1926 getroffene Entscheidung, die Absichten des Marschalls Piłsudski zu unterstützen, zu bedauern. Zu Unrecht wird ihnen auch die Unterstützung der Politik der Linken vorgeworfen, da sie sowohl mit der Linken als auch mit den nationalistischen Strömungen kämpfen.

„Unser Staat", so führte der Abg. Radziwiłł weiter aus, „muß mit Rücksicht auf seine ungünstige geographische Lage eine straffe innere Organisation haben. Aus diesem Grunde kommen wir dem Marschall Piłsudski in seinen Bestrebungen entgegen, die auf den Umbau der Staatsstruktur abzielen. Die Verfassung vom Jahre 1921 hat de facto im Jahre 1926 zu bestehen aufgehört, und eine neue ist bis jetzt noch nicht geschaffen, so daß wir anormale Verhältnisse haben. Wir Konservativen wünschen eine solche Verfassung, die unter den neuen Bedingungen strikt durchgeführt wird. Die Reform der Struktur wollen wir legal auf gesetzgeberischem Wege vollziehen; doch sollten die legalen Methoden trügen, so wird es besser sein, andere Mittel zu versuchen, um eine Änderung der Verfassung durchzusetzen, da diese Änderung eine absolute Staatsnotwendigkeit ist. Dies ist jedenfalls besser, als zu dem hoffnungslosen Stande zurückzukehren, der vor dem Mai 1926 geherrscht hat. Doch die Entscheidung in dieser Frage wird nicht von uns abhängen. Ich weise auf den Standpunkt der Opposition hin. Nach kursierenden Versionen würde sich die Opposition formell mit einer Satisfaktion in Gestalt der Demission des gegenwärtigen Kabinetts begnügen. Um diesen Preis wäre sie bereit, mit der kommenden Regierung zusammenzuarbeiten, wenn diese auch ähnlich zugeschnitten wäre wie die gegenwärtige. Diese Nachgiebigkeit der Opposition läßt sich sicher dadurch erklären, daß die letzten Ereignisse, die sich im Sejm abspielten, schlagend die Schwäche ihrer Einflüsse ergeben haben. Sie kündigte Unruhen, Streiks und Blutvergießen an. Doch nichts von diesen pathetischen Versicherungen ist in die Tat umgesetzt worden. **Denn niemand in Polen hat allzu große Lust, seinen Hals zur Verteidigung der Abgeordneten-Privilegien hinzuhalten."**

„Wir können daher", so schloß der Redner, „mit Ruhe **die neue Etappe des Kampfes** abwarten. Ihr Ergebnis kann keinem Zweifel unterliegen, da das vollkommene moralische Übergewicht sich bei der Regierung befindet und der Schlüssel der Situation in den Händen des Marschalls Piłsudski ruht, der im entscheidenden Augenblick im Gefühl der vollen Verantwortlichkeit für das Schicksal des Landes die Entscheidung treffen wird.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 21. November.

Wettervoraussage.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet wechselnde Bewölkung bei wenig veränderten Temperaturen an.

Eine Stimme der Vernunft.

Mit großem, gewiß begreiflichen Erstaunen — denn so etwas ist selten — lesen wir folgende trefflichen Ausführungen im „Dziennik Bydgoski":

„Im Großpolnischen Hinterhof ist ein Ereignis eingetreten. Irgendeine Firma aus Deutschland hat einen Brief nach Inowrocław geschickt und Hohensalza auf den Briefumschlag geschrieben, wie Inowrocław zu deutschen Zeiten hieß. Der Postbeamte hat den Brief an die deutsche Firma zurückgehen lassen mit der Zuschrift, daß Hohensalza in Polen nicht existiere.

Wir wissen nicht, was die Postbehörde mit diesem klugen Beamten gemacht hat. Zumindestens müßte er in den wohlverdienten Ruhestand versetzt werden.

Es ist schwer, von einer Firma im Innern Deutschlands zu verlangen, daß sie weiß, Hohensalza heiße heute Inowrocław. Das ist um so schwerer zu fordern, als unsere Auslandspropaganda sehr schlecht arbeitet. Die Behörden haben für das Ausland noch kein Ortsverzeichnis Polens herausgegeben, sie haben an ihre Pflicht noch nicht gedacht, den Staaten, mit denen man in diesen oder jenen Verhältnissen lebt, ein Verzeichnis der geänderten Ortsnamen zu überreichen. Übrigens diese neuen Namen — das ist auch bei uns noch keine endgültig entschiedene Angelegenheit. In Warschau tritt jetzt eine Kommission zusammen, die die verschiedenen, oft recht eigenartig entstandenen Namen prüfen und eventuell ändern wird. Selbstverständlich wird Inowrocław seinen Namen behalten, ebenso wie Piłsudy oder Mościce. Aber zweifelhaft erscheint schon, ob diese Kommission die Änderung von Dereniówka in Witosowo anerkennen wird.

Wenn aber tatsächlich schon solche Handbücher für das Ausland bestehen würden, wäre dann die Bezeichnung einer Ortschaft mit dem alten Namen eine Provokation? Könnte das für uns eine Beleidigung sein? Verfahren wir denn in einer Anzahl von Fällen anders? Auf wie vielen Briefen unserer Landsleute, die an polnische Saisonarbeiter nach Frankreich oder Deutschland gehen, wird nicht Brest zu Brześć, Marseille zu Marsila, Leipzig zu Lipsk? Und die ausländischen Postämter bemühen sich darum, daß diese Briefe ihre Adressaten erreichen, ohne Umstände, ohne Schikanen, ohne dumme Bemerkungen. Dem Schreiber dieser Zeilen passierte es, daß er einen Brief mit Norymberga statt Nürnberg adressierte — und der Brief wurde anstandslos ausgehändigt. In der Redaktion des „Dziennik Bydgoski" befinden sich Briefumschläge mit der Ortsbezeichnung Królewiec statt Königsberg, die die deutsche Post richtig zustellte. Schon dieser letzte Fall beweist, wie groß das Entgegenkommen der deutschen Postbehörde, wie groß ihr Verständnis für ihre internationalen Aufgaben ist. Und bei uns ändert irgend so ein patriotischer Lümmel die Post in ein Bureau der Auszeichnungen oder politischer Randbemerkungen um. Es wäre interessant, festzustellen, wo so ein Herr saß, als es donnerte. Sicher hinter dem Ofen oder unter der Bettdecke und jetzt macht er sich zum Nationalhelden, neidet sich an ausländischen Briefen!

Nach Posen oder Bromberg kommen viele Briefe, die die deutschen Ortsbezeichnungen tragen und anstandslos ausgehändigt werden. Das verlangt nicht nur die internationale Kultur, sondern auch der der heutigen Generation innewohnende Drang zum Kosmopolitismus, der die nationale Eigenart nicht untergräbt und doch die Nationen einander näherbringt." —

Tatsächlich, verehrter Leser, kein Druckfehler, keine Sinnestäuschung. So zu lesen im „Dziennik Bydgoski". Sie meinen, daß die Herren dort einer vergangenen Generation angehören müssen, da man von diesem Kosmopolitismus in dem Blatt nichts merkt? Kann sein, aber von uns aus nicht feststellbar. Jedenfalls eine Stimme der Vernunft, die man mit Freuden verzeichnet. Leider nur eine.

§ **Herabsetzung des Gaspreises.** Die Direktion der städtischen Gasanstalt macht im Inseratenteil unserer heutigen Ausgabe auf die Herabsetzung des Gaspreises aufmerksam. Danach wurde der Gaspreis von 35 Groschen auf 32 Groschen, eventuell bis 28 Groschen für den Kubikmeter herabgesetzt für diejenigen Konsumenten, die Gas zum Heizen von Gasöfen, sowie von Badeöfen, Küchenherden, zu Beleuchtungszwecken und anderen Gasapparaten benutzen, jedoch nur dann, wenn monatlich mindestens 60 Kubikmeter Gas verbraucht werden. Wenn der Konsument diese 60 Kubikmeter nicht erreicht, muß er den bisherigen Preis von 35 Groschen pro Kubikmeter zahlen. Beim Verbrauch von monatlich 60 Kubikmetern beträgt der Gaspreis 32 Groschen, beim Verbrauch von 61 bis 100 Kubikmetern für jeden weiteren Kubikmeter 30 Groschen, und bei einem Verbrauch von über 100 Kubikmetern jeder weitere Kubikmeter 28 Groschen. Für Konsumenten, die das Gas ausschließlich zur Beheizung von Sälen, Räumen, Geschäftslokalen, Fabriken usw. benutzen, in denen besondere Gasmesser installiert sind, beträgt der Gaspreis 30 Groschen für den Kubikmeter. Von diesem Preis gewährt die Gasanstalt entsprechende Rabatte, und zwar beim monatlichen Verbrauch von über 150 Kubikmeter 5 Prozent, über 300 Kubikmeter 10 Prozent, über 500 Kubikmeter 15 Prozent, über 700 Kubikmeter 25 Prozent, über 1000 Kubikmeter 35 Prozent, über 1300 Kubikmeter 45 Prozent. Die neuen Preise werden jedes Jahr vom 1. Oktober bis 31. März gültig sein, im Jahre 1929 vom 1. November ab.

§ **Die Schwindsucht in Polen.** Der Vorsitzende der Krakauer Antituberkulosegesellschaft hielt anläßlich der Generalversammlung der Gesellschaft einen Vortrag, in dessen Verlauf er erwähnte, daß in den ersten sechs Jahren nach der Wiedergründung des polnischen Staates etwa 500 000 Personen in Polen an der Schwindsucht gestorben sind, also ebenso viel, wie während des Krieges gefallen sind.

§ **In selbstmörderischer Absicht** sprang gestern gegen 2 Uhr nachmittags die in Jagdschütz wohnende Witwe Josefa Koźmińska in die Brahe. Zwei Radfahrer, die den Vorfall beobachtet hatten, konnten die Lebensmüde retten. In bewußtlosem Zustande schaffte man sie in das Krankenhaus. Ihrem Leben droht keine Gefahr. Über die Ursache zu der traurigen Tat ist nichts bekannt.

§ **Immer wieder Fahrraddiebstähle.** Wladislaus Kraus wurde ein Fahrrad Marke „Reyolta", Fabriknummer 91 964, Registriernummer Schubin 1417, im Werte von 200 Złoty entwendet, das er vor dem Regierungsgebäude stehen gelassen hatte. Vom Gelände des Brückenbaues bei Karlsdorf wurden Karl Karbok aus Schulitz und Jan Olejarz aus Bromberg zwei Fahrräder gestohlen. Es handelt sich um ein Rad Marke „Lifak", Fabriknummer 77 438, Wert 200 Zł., und ein Rad Marke „Record", Wert 250 Złoty.

§ **Eine gewalttätige Mieterin** hat die Frau Leppert, Schlosserstraße (Matejki) 8, gehabt. Beide Frauen hatten einen Streit, worauf der Untermieterin das Zimmer gekündigt wurde. Als die Wohnungsinhaberin fortgegangen war, schlug die Aftermieterin sämtliche Fensterscheiben in der Wohnung entzwei und verschwand.

§ **Ein Verkehrsunfall** ereignete sich gestern gegen 5 Uhr nachmittags vor dem Hause Kujawierstraße 93. Dort fuhr ein Auto, das durch den Chauffeur Franz Glowacki gesteuert wurde, auf einen stehenden Wagen auf, wobei beide Fahrzeuge beschädigt wurden. Die Schuld an dem Unfall trifft den Chauffeur, da der Wagen beleuchtet war.

§ **Festgenommen** wurden im Laufe des gestrigen Tages zwei Personen wegen Diebstahls, zwei wegen Übertretung sittenpolizeilicher Vorschriften, eine Person wegen Bettelei, eine wegen Betruges und eine wegen Trunkenheit.

*

Vereine, Veranstaltungen ꝛc.

Auf die in der **Christuskirche** am Totensonntag, nachm. 5½ Uhr, stattfindende **„Musikalische Feierstunde"** weisen wir empfehlend hin. Der Reinertrag dieser Veranstaltung ist für wohltätige Zwecke bestimmt. (14462

Verband deutscher Katholiken in Polen. Ortsgruppe Bydgoszcz. Morgen, Freitag, den 22. d. M., abends 8 Uhr, im Zivilkasino: **Familienabend.** Motto: Unsere Heimatdichter. Musikalische und deklamatorische Darbietungen. Eintritt frei, Gäste willkommen. Siehe auch Anzeigenteil. (14428

* * *

s **Moritzfelde** (Murucin), 19. November. Der Landwirtschaftliche Verein Łukówicz und Umgebung feierte am 16. im Gasthause zu Łukówicz ein Vergnügen mit Gesangsvorträgen und Theateraufführungen, das großen Beifall der zahlreich erschienenen Besucher erntete.

* **Kolmar** (Chodzież), 19. November. Verurteilt wurde von der Strafkammer in Posen der 17jährige Florian Grams, welcher hier verschiedene Einbrüche verübt hat, u. a. auch die 75jährige Ernestine Lewin in ihrer Wohnung überfiel, sie fast erdrosselte und ihr 40 Zł. raubte, zu 3 Monaten Gefängnis. — Die Oberförsterei Margonin Dorf verkauft öffentlich meistbietend gegen Barzahlung am Mittwoch, dem 27. November, vorm. 8 Uhr, im Forstbureau Brennholz.

* **Kolmar** (Chodzież), 20. November. Ein Brand vernichtete in Emikowo die gefüllte Scheune, landwirtschaftliche Maschinen usw. des Wirts Franciszek Koplin im Werte von 20 000 Złoty.

* **Czarnikau** (Czarnków), 20. November. Gräberfunde. Dieser Tage wurden in Dratzig hiesigen Kreises unter Leitung des Konservators Dr. Zygmunt Zakrzewski, Professor an der Universität in Posen, Grabmäler aus der Zeit von ungefähr 600 Jahren vor Christi Geburt gefunden. Außerdem wurde ein Skelett ausgegraben, das, wie vermutet wird, aus der Zeit 800 Jahre vor Christo stammt.

* **Birnbaum** (Międzychód), 20. November. Feuer vernichtete in Stoki die gefüllte Scheune des Landwirts Leon Molik im Werte von 26 000 Złoty. Der Brandstiftung verdächtigt werden, dem „Dziennik Pozn." zufolge, Józef Jasiński und sein 18jähriger Sohn Józef.

* **Wreschen** (Września), 20. November. Einem Unfall fiel der elfjährige Jan Budziński aus Pokazynko zum Opfer. Er fiel vom Wagen, dessen Räder ihm über den Kopf gingen und ihn auf der Stelle töteten.

* **Lissa** (Leszno), 20. November. Kindesleichenfund. Am Sonnabend wurde in den Klosettanlagen des Bahnhofs Krzycko-Wielkie, Kreis Lissa, die Leiche eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts gefunden. Die entartete Mutter ist bis jetzt noch nicht ermittelt.

* **Kempen** (Kępno), 21. November. Überfallen wurde am Sonntag gegen 11 Uhr abends Frau Drobig, als sie mit dem Tageserlös des Kinos nach ihrer Wohnung ging. Auf der Treppe wurde ihr die Handtasche mit einer Summe von 175 Złoty entrissen. Die Polizei konnte den Täter in der Person des Anton Nawrot ergreifen. — Dem Landwirt Friedrich Lormis aus Weronikopol wurden auf dem Jahrmarkte 165 Złoty aus der Seitentasche seines Jacketts gestohlen. Der Dieb entkam unerkannt. — Bisher unermittelte Diebe entwendeten vom Hausboden des Landwirts Schubert in Sklarka miel. Federn und Wäsche. Es handelt sich wahrscheinlich um dieselben Diebe, die vor einiger Zeit einem Wirt in Borek miel. Betten gestohlen haben.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau** (Warszawa), 19. November. Ärzte, die einen Patienten zum Krüppel machten. Ein Mann namens Karl Ruzycki litt an Gelenkentzündung am rechten Knie. Er begab sich in die Heilanstalt „Omega" in Warschau, wo ihm erklärt wurde, daß beide Beine krank zu sein scheinen und daß er sechs Wochen lang im Gipsverband werde liegen müssen. Ruzycki erklärte sich damit einverstanden und blieb im Krankenhause. Die Gipsverbände wurden angelegt, und als er nach sechs Wochen wieder entlassen werden sollte, konnte er — überhaupt nicht mehr gehen. Andere Ärzte, an die er sich wandte, stellten fest, daß die Gelenke beider Beine durch den Gipsverband so stark angegriffen worden seien, daß er nicht mehr werde gehen können. Daraufhin reichte Ruzycki eine Klage gegen die „Omega"-Ärzte ein und fordert eine Entschädigung von 108 000 Złoty, d. h. eine Summe, die seinem Einkommen in 10 Jahren entspricht.

* **Warschau,** (Warszawa), 19. November. Großzügige Taschendiebe. In Warschau wurde dem bekannten Rechtsanwalt Mikolaj Korenfeld während einer Fahrt in der Straßenbahn die Manteltasche von unbekannten Dieben aufgeschnitten und die Brieftasche mit 400 Złoty und verschiedenen Dokumenten gestohlen. Als der Bestohlene nach Hause kam, erhielt er bald darauf ein Päckchen, in dem er seine Brieftasche mit den Dokumenten vorfand. Nur das Geld fehlte. Auf einem Zettel, den der Rechtsanwalt unter den Papieren vorfand, waren folgende Worte im Jargon geschrieben: „Die Papiere geben wir zurück, doch sind wir arm und müssen das Geld behalten." Der Bestohlene war in Warschau als großer Wohltäter bekannt, der in seinem Leben sehr viel für Zuchthäusler und minderjährige Verbrecher getan hat.

* **Wilna,** 19. November. Heirat oder — Zuchthaus. Im Bezirksgericht Wilna fand dieser Tage eine interessante Verhandlung statt. Zu verantworten hatte sich der 25jährige Kuricki, der angeklagt war, die 20jährige Krawiec vergewaltigt zu haben. Es wurde dem Angeklagten freigestellt, eine Zuchthausstrafe zu verbüßen oder die Überfallene zu heiraten. Kuricki zog die Heirat vor. Es wurde auch ein Rabbiner geholt, der die Trauung vornehmen sollte. Doch erklärte die Überfallene, daß sie nur dann in die Heirat einwillige, wenn der Angeklagte ihr 200 Dollar als Entschädigung zahle. Da der Angeklagte diese Summe nicht aufbringen konnte, wurde er zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Freie Stadt Danzig.

* **Verkehrsunfälle.** In Rosenberg bei Praust wurde am Sonntag der Arbeiter Paul Alex aus Schönwarling von einem Lieferkraftwagen überfahren. Der Verunglückte erlitt so schwere Verletzungen, daß er kurze Zeit nach dem Unfall verstarb. Die Schuld an dem bedauerlichen Unglück soll A. selbst treffen, da er noch kurz vor dem herannahenden Auto die Straße überschreiten wollte. — Auf der Pommerschen Straße in Oliva kamen Montag nachmittag gegen 6 Uhr zwei Motorradfahrer auf eigenartige Weise zu Fall. Die Straße war nämlich dadurch schlüpfrig geworden, daß kurz vorher ein Wagen mit Ölfässern mit einem anderen Fuhrwerk zusammengestoßen war, wobei ein Ölfaß beschädigt und Öl auf den Fahrdamm gelaufen war, das von den Kutschern nicht gründlich beseitigt wurde. Auf der schlüpfrigen Stelle verloren nun die betr. Motorradfahrer die Herrschaft über ihre Fahrzeuge und stürzten auf die Straße. Zum Glück kamen sie mit ganz leichten Verletzungen davon, jedoch wurden die Räder erheblich beschädigt. — Auf der Langfuhrer Hauptstraße wurde ein Motorradfahrer beobachtet, der betrunken war und nur mit Mühe sein Rad lenken konnte. Ein Schupobeamter hielt den verantwortungslosen Motorradfahrer an und untersagte ihm im Interesse der öffentlichen Sicherheit die Weiterfahrt. Es wurde ferner festgestellt, daß der Mann keinen Führerschein besaß. †

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 21. November.

Krakau — 2,50, Zawichost + 1,38, Warschau + 1,36, Plock + 0,83, Thorn + 0,74, Fordon + 0,71, Culm + 0,58, Graudenz + 0,80, Kurzebrak + 0,99, Pickel — 0,18, Dirschau — 0,01, Einlage + 2,20, Schiewenhorst + 2,40.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Hans Wiese; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann, G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund" Nr. 264

12770

Die Verlobung unserer Tochter Ingeborg mit Herrn Hans Gottfried v. Plehn auf Kopytkowo zeigen hierdurch an

Hugo Freiherr Knigge
Oberst a. D.
Asta Freifrau Knigge
geb. Freiin von Maltzahn.

Potsdam, im November 1929.
Kurfürstenstraße 19.

Meine Verlobung mit Ingeborg, Freiin Knigge, Tochter des Oberst a. D. Hugo Freiherrn Knigge und Asta Freifrau Knigge, geb. Freiin v. Maltzahn zeige ich hierdurch an.

Hans Gottfried v. Plehn.

Kopytkowo, im November 1929.
Pommerellen. 14433

Heute früh um 10 Uhr entschlief nach kurzer Krankheit mein inniggeliebter Mann, mein lieber Bruder und Schwager, der

Administrator
Johannis Schmidt

im Alter von 65 Jahren.

In tiefer Trauer
Ottilie Schmidt.

Dziki, den 19. November 1929.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 23. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des evangel. Friedhofes aus statt. 14429

Heute früh 10 Uhr entschlief nach kurzer Krankheit unser langjähriger, treuer Beamter

Herr
Johannis Schmidt

im Alter von 65 Jahren.

Wir werden Ihm ein bleibendes Andenken bewahren.

Max Kray'sche Erben.

Ernestowo, pow. Swiecki, den 19. Nov. 1929.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme, sowie die reichen Kranzspenden, besonders aber für die lieben Worte des Herrn Pfarrer **Hesekiel** beim Heimgange unseres teuren Entschlafenen sagen wir Allen unseren 14458

innigsten Dank.

Hedwig Bittner.

Bydgoszcz, den 21. November 1929.

Für die herzliche Teilnahme und die vielen Kranzspenden beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen sagen wir dem **Landwirtschaftlichen Verein Wilhelmsort**, der **Kirchengemeinde Gogolin** und Herrn Pfarrer **Leesch** für die trostreichen Worte unsern 6419

innigsten Dank.

Im Namen der Hinterbliebenen
Emilie Prüfer.

Wierzchucice, den 20. Nov. 1929.

Für die anläßlich unserer Silberhochzeit in so herzlicher Weise erwiesenen Aufmerksamkeiten

danken wir verbindlichst.

Julius Weiss und Frau.

Murrzynko b. Gniewkowo,
14441 im November 1929.

Kaufmännische Ausbildung
bestehend in
Buchführung
Rechnen, Korrespondenz, Kontorarbeiten, Stenographie u. Maschinenschreiben.
Otto Siede, Danzig, Neugarten Nr. 11
Eintritt täglich — Lehrplan kostenlos

Hebamme

erteilt Rat und nimmt Bestellungen entgegen **Danek**, Sniadeckich 31. 2 Minuten v. Bahnhof.

Bydgoszcz, Tel. 18—01

Dr. v. Behrens
bearbeitet allerlei Verträge, Testamente, Erbsch. Auflassungen, Hypothekenlöschung., Gerichts- u. Steuerangelegenheiten.

Promenada nr. 3,
beim Schlachthaus.

Unterricht
in **Buchführung**
Maschinenschreiben
Stenographie
Jahresabschlüsse
durch 13616
Bücher-Revisor
G. Vorreau
Jagiellońska 14.

Extra
billige
Preise
für 14404
Anzugstoffe
Paletotstoffe
Ulsterstoffe
Lodenstoffe
Cordstoffe
Futterstoffe etc.
nur bei
Schreiter
Gdańska 164.
5% Kassa-Skonto!
Benutzen Sie diese günstige Kaufgelegenheit.

Kacheln
in verschieden. Farben ständig auf Lager. 13768
M. Stęszewski
Ofenbaugeschäft,
Poznańska 23. Tel. 234.

Oeffentliche Vorträge

im Evangel. **Gemeindehause** (Elisabethstr. 10)

Pastor Hagen aus Berlin:

Donnerstag, den 21. November, 8 Uhr abends: **„Der Kampf zwischen Mensch und Gott".**

Freitag, den 22. November, 8 Uhr abends: **„Jesus der Christus".**

Die evangelische Gemeinde ist herzlich zu diesen Vorträgen eingeladen. 14305

Superintendent **Aßmann.**

Privat Limousine 5-Sitzer
neuer durchzugskräftiger Amerikaner für
Tourenfahrten zu verleihen. 12287
Bestellungen Telefon 1397.

Jedes
Inserat
in der
Deutschen Rundschau
bringt Ihnen bestimmt
Erfolg

Offene Stellen

Suche zum 1. 1. 1930 zur selbständigen Bewirtschaftung 500 Morgen großen Gutes erfahr., ledigen, energischen

Verwalter.

Bewerb. unter O. 14436 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Eins. Beamter
oder Wirtschafter
zu sofortigem Dienstantritt für 600 Morg. gr. Gut gesucht. Etwas poln. Sprachkenntnisse notwendig. Vorstellg. mit Zeugnissen bei 14390
Hortwig, Słępiska,
P. & St. Lniano (Pom.)

20-30 zł

täglich können Herren verdienen, die Bekanntschaft mit Landwirten haben Off. u. Nr. 47.46 an **„Par"** Poznań. Aleja Marcinkowskiego11

Suche zu sofort oder 1. 1. 1930 einen tücht., verheir. od. unverheir.

Stellmacher

mit eigenem Werkzeug. 14453
Lorenz, Mariensee,
Freistaat Danzig.

Gewandt. junger **Kaufmann** gesucht. Off. unt. U. 6418 a. d. Geschäftsst. d. Zeitg.

Molkerei-betriebsleiter

mit bester Fachausbildg u. kaufmännisch. Kenntnissen z. 1. 1. 30. od. später **gesucht.** Ang. mit Lebenslauf und Zeugnisabschr. erb. an
Dwór Szwajcarski,
Bydgoszcz,
Jackowskiego 25/27.

Suche zum 1. Januar oder später 14250

Gutsschmied

der auch Dampfdreschapparat führen muß sowie mit Motorpflüg. umzugehen versteht, b. hoh. Lohn u. Deputat. Zeugnisse zu richten an **H. Klinge, Schadwalde** bei Kalthof, Freist. Danzig.

Aeltere, ehrsame **Frau**, die Zinsen oder Pension bezieht, zur Begleitung und Hilfe für älteren Herrn bei freier Station (Familienanschluß) gesucht. Off. u. U. 14457 an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Gesucht für sofort oder später 14389

Gutssekretärin u. Buchhalterin

mit guter Handschrift. Angebote mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften u. Gehaltsanspr. an **M. Jouanne, Rittergutsbesitzer, Klenka, p. Nowemiasto n. W. Jarocin.**

Ein besseres, älteres, evangel. 14451

Wirtschafts-Fräulein

das selbständ. kochen kann und mit sämtl. Hausarb. vertr. ist, wird für einen Stadthaush. von 3 Personen von **sogleich** oder später mit Familienanschluß gesucht. Dasselbe muß die Pflege der erkrankten Hausfrau mitübernehmen. Hausmädchen vorhanden. Offert. mit Gehaltsansprüch. und Zeugnisabschr. sind zu richten an
E. Caspari, Swiecie n. W.

Stellengesuche

Landwirtschaftl.
Beamter
evgl., 24 J. alt, sucht, gestützt auf lückenlose Zeugnisse, ab 1. 1. 30 (evtl. früher od. später) weiter. **Wirkungskreis.** Werte Offerten zu send. an **H. Herrmann, Małe Czyste**, powiat Chełmno. 14452

Alleinst., gebild., älterer **Landwirt**, mit Buchführ. vertraut, **sucht Stellung**, auch **als Wirtschafter**, bei bescheid. Ansprüch. Offerten unt. M. 14424 an die Geschst. d. Zeitg.

Tüchtiger Müller
m. gut. Zeugn. sucht v. sofort **Stellung.** Off. u. W. 6348 a. d. Geschst. d. Z.

Zuverl., ehrlich., ledig., deutscher 14367

Schweizer

sucht z. 1. Jan. mit gut. Zeugn. **Stelle** bei 15—50 Milchk. Habe a. Kenntnisse in klein. Molkerei. **W. Wojahn, Kołaczkowo**, p. Rynarzewo, pow. Szubin.

Praktisch und theoret. gebild., ehrlich., evang.

Landwirtssohn

3 Jahre fremde Praxis

sucht Stellung

Offerten unt. S. 14344 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Evangelischer junger **Kaufmann**, militärfrei, aus d. Kolonialwarenbranche, mit guten Zeugnissen, übernimmt Stellung als

Büfettier

auf eigene Rechnung vom 1. Januar 1930 oder später. Kaution von 5—800 zł vorhand. Gfl. Off. bitte u. T. 14456 an die G. d. Z. zu richt.

Fleischergeselle
evgl., **sucht** vom 1. 1. 1930 **Stellung.** Großstadt bevorzugt. Off. u. B. 14376 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Strebsamer, nüchtern.
Müller-Chauffeur
Landwirtss., led., evgl., militärfr., in all. Zweig. der Müllerei sowie in Führ. von Dieselmotor., elektr. Anlag. u. Autowesen gut vertraut, im größ. Betriebe gearb., **sucht**, gest. a. gute Zeugnisse und Referenzen. **Stellg.** Off. u. S. 14454 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Gärtner

deutsch. Nat., 28 J. alt, beid. Sprach. mächtig, jung verh., fleißig, ehrl., gewissenhaft, an Selbsttätigkeit u. Ordnung gewöhnt, mit allen ins Fach schlagenden Arbeiten gut vertraut, **sucht Stellung** zum 1. 2. oder später auf mittlerem od. größ. Gute bei deutsch. Herrschaft, mit oder ohne Handelsbetrieb. Gute Zeugnisse und Empfehlungen. Gefl. Off. unter J. 6387 a. d. Geschst. d. Z.

Gebildete Dame
sehr wirtsch., **sucht Stell.** i. frauenl. Haush. Off. u. N. 6401 a. d. Geschst. d. Z.

Besitzertochter, evang., **sucht Stelle** a. **Haustocht. od. Stütze.** Koch-, Plätt- u. Nähkenntn. vorhand. Stadthaush. bev. Off. u. R. 14445 a. d. Gschst. - St. **A. Kriedte, Grudziądz.**

Mädchen
mit Kochkenntnissen
sucht Stellung.
Offerten unt. D. 14393 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Ferd. Ziegler & Co
Treibriemen
Spezial-Öle
für alle Maschinen in Fabrik und Landwirtschaft
Techn. Artikel
MOTOR-OEL
Gegründet 1874
Ferd. Ziegler & Co
BYDGOSZCZ

Frische, gut gepresste

Rübenschnitzel

hat abzugeben

Cukrownia Tuczno Spółka Akcyjna, Tuczno
Post- und Bahnstation Jaksice
powiat Inowrocław. 14425

Ia Landleberwurst und täglich frische **Wiener Würstchen** empfiehlt
Eduard Reeck, Sniadeckich 17, Ecke Sienkiewicza

---

15. Ausstellung „Häusliche Kunst"

vom 5.—8. Dezember 1929
im Zivilkasino, Danzigerstraße Nr. 160a
Eröffnung mit Teeabend

am Donnerstag, dem 5. Dezember, nachm. 5—9 Uhr. Freitag und Sonnabend von 10 Uhr vorm. bis 8 Uhr abends. Sonntag, von 12 Uhr vorm. bis 8 Uhr abends. 14408

Eintrittspreis: Am Eröffnungstage 1.— zł die übrigen Tage 0,50 zł.

Deutscher Frauenbund.

Hotel Metropol früher **International**
Dworcowa 33.
Heute, Donnerstag, den 21. d. Mts.:
Wurst-, Eisbein- und Flaki-Essen
prima Getränke — gut gepflegte Biere
Musikal. Unterhaltung.
Es ladet ergebenst ein
6419 **der Wirt.**

Verband deutsch. Katholiken in Polen
Ortsgruppe Bydgoszcz.
Freitag, den 22. November, abends 8 Uhr
im Civil-Kasino

Familien-Abend

Motto: **Unsere Heimatdichter.**
Musikalische u. deklamatarische Darbietungen
Gäste sind herzlich willkommen. Eintritt frei.
14428 **Der Vorstand.**

Wirtin, selbständ., im größ. Haush. erfahr., sow. Geflügelz., **sucht** v. 1. 1. 30 **Stellg.** a. größ. Gut. Off. u. S. 6413 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Gebildetes evgl. jung. Mädchen (Landwirtstocht.) sucht ab 1. Dezemb. od. später Aufnahme in größerem Guts- od. Stadthaush. als **Haustochter** bei Familienanschluß. Off. u. M. 6399 a. d. Geschst. d. Z.

Aelteres Mädchen vom Lande **sucht Stellung** in Danzig od. Nähe Bydgoszcz. Off. unt. T. 6415 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Wohnungen

Zu vermieten 6406
2 Zimmer u. Küche
in **Wtelno** am Bahnhof. Zu erfrag. bei **Baesler, Bydgoszcz**, Ułańska 34.

Möbl. Zimmer

2 gut möbl. Zimm.
nur an **bess. Herr.** z. vrm. **Sw. Trójcy 22a**, 1 r. 6416

DBB

Deutsche Bühne
Bydgoszcz T. z.
Donnerstag, 21. Nov.
abends **8** Uhr
Das berühmte Schützengrabenstück
Die andere Seite.
Drama in 3 Akten von R. C. Sherriff. Dtsch. v. Hans Reisiger.
Eintrittskarten Donnerstag von 11—1 und ab 7 Uhr an der Theaterkasse.

Sonntag, d. 24. Novbr.,
abends **8** Uhr
Das berühmte Schützengrabenstück
Die andere Seite.
Eintrittskarten in Johne's Buchhandl. Sonntag, von 11—1 u. ab 7 Uhr an der Theaterkasse. 14463
Die Leitung.

Bekanntmachung.

Die Gasanstaltsdirektion **ermäßigte den Preis für Gas zu Heizzwecken** von 35 gr auf 32 gr für 1 cbm mit entsprechenden Rabatten, die bei Hauszwecken bis dahin gewährt wurden. Dieser Preis wird denjenigen Konsumenten, die zum Heizen ihrer Räume einen Gasofen benutzen, als auch Gas für Baderäume, Küchen, Gasbrenner und andere Gasapparate entnehmen, unter der Bedingung gewährt, daß der Monatsverbrauch mindestens 60 cbm Gas beträgt; liegt dagegen der Verbrauch unter 60 cbm Gas, so verpflichtet weiterhin der Preis von 35 gr für 1 cbm.

Für die Konsumenten, die Gas ausschließlich zum Beheizen ihrer Handelsräume, Läden, Säle, Fabriken usw. verwenden und für diesen Zweck einen besonderen Gasometer besitzen, wird der Gaspreis auf 30 gr für 1 cbm Gas ermäßigt; hinzu kommen noch die entsprechenden Rabatte von 5—45 %, entsprechend der Menge des verbrauchten Gases.

Obige Preise verpflichten nur für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. März jeden Jahres mit der Maßgabe, daß für das Jahr 1929 die Preise vom 1. November ab verpflichten. 14461

Bydgoszcz, den 21. November 1929.

(—) Inż. Br. Klimczak, Dyrektor Gazowni.

Detektiv
Trawicki, früher. Berl. Kriminalbeamter, **Bydgoszcz, Pomorska 67,** Prozessmaterial, Auskünfte über Vorleben, Vermögen usw., nimmt Aufträge **jeden Sonnabend von 9 Uhr vorm. bis 8 Uhr abds.** in **Grudziądz, Koszarowa 17,** part. lks., Telefon 10, an. 14162

Schuhwaren
kurze Stiefel v. 32,50 an
lange „ „ 36,50 „
Arbeitsschuh „ 16,- „
Jezuicka 10 N. Pfarrstr.

Heute frische **Semmel- und Grützwurst** nebst guter Suppe. 14464
Eduard Reeck,
Sniadeckich 17,
Ecke Sienkiewicza.

Erfolgr. Unterricht i. Franz., Engl., Deutsch (Gram., Konversation, Handelskorresp.) erteil., frz., engl. u. deutsche Uebersetzungen fertigen an
T. u. A. Furbach,
(lgj. Aufenth. i. Engl. u. Frankr.) **Cieszkowsk.** (Moltkestr.) **11, I lks.** 7545

Landwirtstochter, hier fremd u. eins., wünscht sich **einen Freund.** Angebote unt. **P. 14444** an die Geschäftsstelle **A. Kriedte, Grudziądz.**

Schneiderin geübt f. Kleid. a. speziell f. Kind., empf. sich. Tel. 742 **Ugory 10. p.**

Klavierstimmungen und **Reparaturen**, sachgemäß und billig, liefere auch **gute Musik** zu Hochzeiten, Gesellschaften und Vereinsvergnügungen. 114
Paul Wicherek,
Klavierspieler,
Grodzka 16